STADTKLOTEN

PROTOKOLL GEMEINDERAT KLOTEN

25. Sitzung der 13. Legislaturperiode vom 07.12.2021

Vorsitz	Ratspräsidentin	Irene Frischknecht
Anwesend	Gemeinderat	30 Ratsmitglieder
	Stadtpräsident	René Huber
	Stadtrat	Christoph Fischbach
		Kurt Hottinger
		Roger Isler
		Regula Kaeser-Stöckli
		Gaby Kuratli
		Mark Wisskirchen
	Stv. Verwaltungsdirektor	Marc Osterwalder
Protokoll	Ratssekretariat	Jacqueline Tanner
Entschuldigt abwesend	Gemeinderat	Tina Kasper, SVP
		Ueli Morf, SVP
	Stadtrat	--
	Geschäftsleitung	Thomas Peter
		Markus Dolder
Ort	Stadtsaal Zentrum Schluefweg	
Dauer	18:00 Uhr – 21:20 Uhr	

Eröffnung

Parlamentspräsidentin Irene Frischknecht eröffnet die 25. Sitzung der 13. Legislaturperiode vom 07. Dezember 2021.

Der Samichlaus hat auch in diesem Jahr Coronabedingt anstelle eines Besuchs nur ein Säcklein für jede/n vorbeigebracht. Der Samichlausgesellschaft Kloten ein herzliches Dankeschön. Zusätzlich wurden wir noch von Thomas Schneider beschenkt, der im Publikum sitzt, Herzlichen Dank.

Es wird die Anwesenheit von 30 Mitgliedern festgestellt. Der Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Aufgrund der vielen Geschäfte hat die Ratsleitung bewusst das Traktandum Budget vorgezogen. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden wie vorgesehen behandelt.

Traktandenliste

1 Mitteilungen
2 Genehmigung Budget 2022 und Festsetzung Steuerfuss 2022
3 Interpellation 7981; Max Töpfer, SP; Pistenverlängerung am Flughafen Zürich-KLoten; Beantwortung / Stellungnahme
4 Postulat 8130: Kim Mishra, glp; Eine eCargo-Bike Sharing Plattform für die Klotener Bevölkerung; Begründung / Überweisung
5 Interpellation 8131; Kim Mishra, glp; Strategische Planung für die Anbindung und Erweiterung des Klotener Velobahnnetzes bis 2030; Begründung
6 Motion 8144; Peter Nabholz, FDP; Gewerbestudie zur Unterstützung der KMU und Belebung des Stadtzentrums; Begründung / Überweisung
7 Interpellation 8145; Max Töpfer, SP; § 49b des Planungs- und Baugesetzes - Stand der Umsetzung in Kloten

0.5.1 Versammlungen / Sitzungen

Mitteilungen; 07.12.2021

Folgende Informationen sind zudem den Gemeinderatsmitgliedern zugestellt worden:

- Interpellation 8131; Kim Mishra, glp; Strategische Planung für die Anbindung und Erweiterung des Klotener Velobahnnetzes bis 2030
- Postulat 8130; Kim Mishra, glp; Eine eCargo-Bike Sharing-Plattform für die Klotener Bevölkerung
- Vorlage 3365; Nägelimoos; Neubau Schulanlagen; Bewilligung Baukredit z.H. Urnenabstimmung
- Vorlage 2890; Stiftung Sporthalle Kloten; Kreditabrechnung städtischer Beitrag
- Interpellation 8145; Max Töpfer, SP; § 49b des Planungs- und Baugesetzes - Stand der Umsetzung in Kloten
- Vorlage 6814; Gestaltung öffentliche Räume: Stadtplatz (2. Etappe, Süd) und Bahnhofstrasse; Projektgenehmigung und Kreditantrag z.H. Urnenabstimmung
- Vorlage 3796; Mehrwertausgleichgesetz (MAG); Verordnung zum kommunalen Mehrwertausgleichsfonds, Genehmigung
- Zur Kenntnis; StR-Beschluss 223-2021 vom 09.11.2021; Jagd Zerwirkungsraum - Bauabrechnung
- Zur Kenntnis: StR-Beschluss 237-2021 vom 12.11.2021; Genehmigung Finanzplanung
- Medienmitteilung: Neubau Schulanlagen Nägelimoos
- Medienmitteilung: Zweite Etappe für den Stadtplatz Kloten

07.12.2021 Beschluss Nr. 116-2021 Genehmigung Budget 2022 und Festsetzung Steuerfuss 2022

9.0.2 Budget

Budget 2022 / Finanzplanung 2021-2025; Genehmigung Budget 2022 und Festsetzung Steuerfuss 2022

Antrag Stadtrat:

1. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat das Budget 2022 der Politischen Gemeinde Kloten zu genehmigen.

Erfolgsrechnung	Gesamtaufwand	Fr.	172'227'381.00
	Gesamtertrag	Fr.	169'215'940.00
	Aufwandüberschuss	**Fr.**	**- 3'011'441.00**
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben Verwaltungsvermögen	Fr.	26'832'413.00
	Einnahmen Verwaltungsvermögen	Fr.	207'440.00
	Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen	**Fr.**	**26'624'973.00**
Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben Finanzvermögen	Fr.	140'000.00
	Einnahmen Finanzvermögen	Fr.	-
	Nettoinvestitionen Finanzvermögen	**Fr.**	**140'000.00**

2. Der Stadtrat beantragt dem Gemeinderat den Steuerfuss auf 103 % (Vorjahr 103 %) des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen.

Einfacher Gemeindesteuerertrag (100 %)		Fr.	74'952'427.00
Steuerfuss			103%
Erfolgsrechnung	Zu deckender Aufwandüberschuss	Fr.	80'212'441.00
	Steuerertrag bei 103%	Fr.	77'201'000.00
	Aufwandüberschuss	**Fr.**	**- 3'011'441.00**
	Der Aufwandüberschuss der Erfolgsrechnung wird dem Bilanzüberschuss/-fehlbetrag zugewiesen.		

Beschluss:

Gestützt auf den Antrag des Stadtrats vom 08. Oktober 2021 (Beschluss Nr. 203-2021), auf Art. 19 Abs. 1 lit. a) und b) der Gemeindeordnung, den Antrag der GRPK und die Diskussion im Rat beschliesst der Gemeinderat:

1. Das Budget der Stadt Kloten für das Jahr 2022, bestehend aus Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung, wird mit folgenden Änderungen, über die einzeln und z.T in Sammelanträgen abgestimmt wurde, genehmigt:

Erfolgsrechnung			
121000 / 309900	Konstituierungsessen & Legislaturschlussanlass Kürzung Betrag 5%	CHF	3'000.00
122000 / 313000	Streichung Umsetzung Kulturkonzept	CHF	15'000.00
122060 / 363600	Streichung Anpassung Leistungsvereinbarung mit Szene Kloten	CHF	-20'000.00
221000 / 301000	Streichung Stelle Kulturbeauftragte/r	CHF	80'000.00
427100 / 311100	Streichung Ersatz Fahrzeug Claudia 118 (2. Pikett bzw. Dienstfahrz.)	CHF	49'000.00
620500 / 313000	Schulverwaltung (2191) / Dienstleistungen Dritter (Doppelbuchung)	CHF	20'000.00
621000 / 313000	Kürzung Dienstleistungen Dritter (Anwaltskosten)	CHF	8'000.00
621520 / 301000	Integrierte Sonderschulung PST (ISR) (2120) / Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal (Falschbuchung)	CHF	40'000.00
623000 / 311100	Beschaffung Messgeräte Raumluft in Klassenzimmer (CO_2-Konzentration) für Primarstufe (Primarschule und Kindergarten)	CHF	-2'400.00
623001 / 311100	Beschaffung Messgeräte Raumluft in Klassenzimmer (CO_2-Konzentration) für Primarstufe (Primarschule und Kindergarten)	CHF	-5'600.00
Sammelantrag	Skilager	Total CHF	53'000.00
	ER 623011 / 302000 Kürzung (Streichung Schneesportlager)	*CHF*	*10'000.00*
	ER 623011 / 317100 Kürzung (Streichung Schneesportlager)	*CHF*	*83'000.00*
	ER 623011 / 423100 Kürzung Einnahmen Elternbeiträge	*CHF*	*-50'000.00*
	ER 623112 / 302000 Kürzung (Streichung Schneesportlager)	*CHF*	*10'000.00*
623051 / 311000	Fehlbuchung (Trennwände)	CHF	300.00
Total		**CHF**	**240'300.00**

2. Der mutmassliche Netto-Gemeindesteuerertrag zu 100% wird auf CHF 74'952'427.00 festgesetzt.

3. Der Steuerfuss wird auf 103% festgesetzt.

4.

Gesamtaufwand gemäss Antrag Stadtrat	CHF	172'227'381.00
Abzüglich beschlossener Änderungsanträge Gemeinderat	CHF	290'300.00
Gesamtaufwand neu	CHF	171'937'081.00
Gesamtertrag gemäss Antrag Stadtrat	CHF	169'215'940.00
Abzüglich beschlossener Änderungsanträge Gemeinderat	CHF	-50'000.00
Gesamtertrag neu	CHF	169'165'973.00
Zu Lasten Bilanzüberschuss/-fehlbetrag werden verbucht	CHF	- 2'771'141.00

5. Die Nettoinvestitionen Verwaltungsvermögen von CHF 26'624'973.00 erfahren keine Veränderungen. Die Nettoinvestitionen Finanzvermögen von CHF 140'000.00 bleiben unverändert.

Wortmeldungen:

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Ihr habt es gesehen, im Hintergrund haben wir eine PowerPoint zur einfacheren Verständigung. Mit dem Beschluss vom 08. Oktober 2021 (Beschluss Nr. 203-2021), beantragt der Stadtrat dem Gemeinderat das Budget 2022 der Politischen Gemeinde Kloten zu genehmigen und den Steuerfuss auf 103 % (Vorjahr 103 %) des einfachen Gemeindesteuerertrags festzusetzen.*

Der Ablauf sieht wie folgt aus:

1. Eintretensdebatte
2. Grundsatzdebatte
3. Einzelberatung Budget 2022
4. Rückkommen
5. Schlussabstimmung Budget 2022
6. Steuerfuss-Debatte
7. Bereinigung Steuerfuss 2022
8. Schlussabstimmung Steuerfuss 2022

Eintretensdebatte

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Pascal Walt: *Die GRPK bestätigt, dass das vorliegende Budget 2022 den gesetzlichen Vorschriften entspricht. Wir bedanken uns bei allen Stadträten und Verwaltungsangestellten herzlich für die fristgerechte, umfassende und kompetente Beantwortung unserer Fragen. Die GRPK beantragt auf das Budget einzutreten.*

Beschluss
Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

Grundsatzdebatte

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Pascal Walt: *Das Budget 2022 bildet einen Aufwandsüberschuss von CHF 3'011'441.00 ab. Trotz einer halben Mio. Franken höheren Aufwänden gegenüber dem Vorjahresbudget bleiben sie stabil auf CHF 172.2 Mio. Die Ertragsseite verbessert sich um CHF 17.2 Mio. auf CHF 169.2 Mio. und entwickelt sich besser als erwartet aufgrund von wieder steigenden Steuererträgen. Dies trotz gleichbleibendem Steuerfuss bei 103%. Gleichzeitig halten wir das zweithöchste Investitionsvolumen des letzten Jahrzehnts mit CHF 26.6 Mio. Der Stadtrat setzt bewusst auf eine antizyklische Wirtschaftspolitik und tätigt Ersatz-Investitionen in die Klotener Infrastruktur. Die Massnahmen der Leistungsüberprüfung 2021 zeigen ihre erste Wirkung im Budget 2022. Die Stadt konzentriert sich auf ihre geforderten Kernaufgaben und verbessert damit das Resultat um rund CHF 4 Mio. Dank hoher Aufmerksamkeit der GRPK, vielen Fragen und situativem Eintauchen in einzelne Budgetpositionen, liegen uns nun Änderungsanträge der GRPK vor, welche das Resultat der Erfolgsrechnung um weitere CHF 245'000.00 verbessern sollen. Hauptsächlich sind das gefundene Fehlbuchungen oder Anpassungen an den aktuellen Wissensstand seit der Budgeterstellung. Ein Teil bedingt durch die Pandemie oder zwischenzeitlich gefällte Entscheide. Die Änderungsanträge wurden mit den betroffenen Stadträten und Verwaltungspersonen gemeinsam besprochen. Im Anschluss an die Stellungnahmen stimmten wir nochmals darüber ab, welche Änderungen dem Gemeinderat vorgeschlagen und welche eher politisch motiviert über die Fraktionen*

beantragt werden sollen. Ich weise darauf hin, dass in der GRPK keine Stimmenthaltung möglich ist. Die GRPK Mitglieder dürfen deshalb einzelnen Anträgen aus der GRPK oder von den Fraktionen zustimmen, diese ablehnen oder sich der Stimme enthalten. Dies, obwohl sie in der GRPK anders abgestimmt haben. Die GRPK hat das Budget 2022 mit den Änderungsanträgen einstimmig abgenommen.

EVP-Fraktion, Tim Häfliger: *Die EVP-Fraktion dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für das vorliegende Budget und der GRPK für die intensive Prüfung. Gut hat sich die Stadt Kloten im letzten Jahr genau auf dieses Szenario der Corona-Pandemie vorbereitet. Dank dem und natürlich einer schmerzhaften Leistungsüberprüfung ist das Budget mit einem einigermassen im Rahmen liegenden Aufwandüberschuss von CHF 3 Mio. gelungen. Die EVP hat auch alle Änderungsanträge genau überprüft und wird zu einzelnen, nicht zu allen, Stellung nehmen. Wir hoffen auf eine konstruktive Sitzung ohne Symbolpolitik.*

Mitte-Fraktion, Luca Fraccalvieri: *Im Namen der Mitte-Fraktion bedanke ich mich beim Stadtrat für die Ausarbeitung des Budget 2022. Der Stadt Kloten geht es finanztechnisch etwas besser, aber noch nicht gut. Investitionen müssen im nächsten Jahr trotzdem angegangen werden, diese hinauszuzögern würde unterm Strich sicherlich teurer kommen. Strukturelle Anpassungen durch die Leistungsüberprüfung werden z.T. schon im 2022 im Umfang von rund CHF 4 Mio. realisiert. Die städtischen Leistungen auf das geforderte Minimum zu setzten betrifft alle. Da kann man situativ dafür oder dagegen sein. Das zeigen auch die vielen Fraktionsanträge. Aber konsequenterweise führt die LÜ21 auch dazu, dass wir nicht CHF 7 Mio. im Minus sind und darum keine Debatte über eine Steuerfusserhöhung führen müssen. Dies gewichten wir höher. Wir sollten ausserdem neue, nicht gebundene Ausgaben genau hinterfragen. Jeder neue Franken, den wir ausgeben, ist ein Schuldenfranken. Darum wird die Mitte-Fraktion in der anschliessenden Detailberatung des Budgets konsequenterweise nur GRPK-Anpassungen aber keine Fraktionsanträge unterstützen.*

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Die GLP hat sich intensiv mit dem Budget auseinandergesetzt und dankt an dieser Stelle ganz herzlich allen Beteiligten für die Ausarbeitung und die Prüfung des Budgets. Im Klotener Anzeiger und im Zürcher Unterländer war ja schon einiges zu hören bzw. zu lesen, im Grundsatz stehen wohl alle Fraktionen hinter dem Budget. Die Finanzlage, der GRPK-Präsident hat es auch erwähnt, schaut nicht mehr ganz so düster aus wie vor einem Jahr. Neue Steuereinnahmen und die Leistungsüberprüfung halten das Budget nicht ganz, aber fast, im Gleichgewicht, so dass bei einem Aufwand von CHF 172 Mio. nur noch ein Defizit von knapp CHF 3 Mio. resultiert. Das macht Hoffnung und gibt uns Spielraum, Kloten weiterzuentwickeln. Die Corona-Pandemie zieht sich aber leider immer noch hin, wir müssen uns wieder mit Reisebeschränkungen, Verschärfung von Massnahmen, überlasteten Spitälern und vielen Unsicherheiten bei der Arbeit, in der Schule, im Öffentlichen Verkehr auseinandersetzen. Das raubt Energie, das raubt Kraft, das führt zu Spannungen. In dieser angespannten Situation, in wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Hinsicht, müssen wir als Politikerinnen und Politiker, als städtische Verwaltung und ganz allgemein als Klotenerinnen und Klotener gut unsere Entscheide und Massnahmen im Auge behalten, damit hoffentlich bald schon wieder Stabilität, Verlässlichkeit und ein gemeinsames Miteinander entstehen kann. Solche Entscheide, solche Massnahmen sind auch unser Budget und die Leistungsüberprüfung. Wir haben uns, wie gesagt, wirklich intensiv mit den beiden Themen auseinandergesetzt. Ist heute doch auch das erste Mal, dass wir wirklich über die Leistungsüberprüfung 21 diskutieren und zu den definierten Massnahmen Stellung nehmen können. Wir haben es vor einem Monat schon gesagt, eine Leistungsüberprüfung war und ist nötig, und es finden sich viele gute Punkte darin: Massnahmen zu mehr Digitalisierung, Bündelung und Verschlankung von Prozessen. Das kann zunächst mehr Aufwand und Kosten auslösen, auf lange Sicht reduziert sich die Kosten und bietet Kloten mehr Chancen für zukünftige Krisen und macht die Verwaltung startklar für die Zukunft. Hätte man allenfalls auch unabhängig von der LÜ machen können, aber unter Druck gelingt einiges halt schneller. Einige Punkte in der LÜ haben da aber nichts zu suchen. Ich nehme als Beispiel das Ruftaxi, die Verkleinerung der Schulbehörde, die Reduktion von Stellenprozenten, die umgeschichtet hätten werden sollen. Das sind Beschlüsse unabhängig von der LÜ und dienen einzig der Verbesserung von Zahlen. Und wieder andere Punkte machen uns etwas Sorge. Z.B. die Reduzierung von gewissen Leistungen wie Schalter- und*

Urnenöffnungszeiten, so dass, Zitat, "Laufkundschaft möglichst vermieden wird", Zitat Ende, sowie die Reduzierung der Unterstützung von Vereinen, Projekten aus der Bevölkerung und kulturellen Events. Unter dem Spardruck zieht man sich hier von der Bevölkerung quasi zurück, das ist gerade das Gegenteil von mehr Miteinander, das heute so wichtig und nötig wäre. Ich erinnere auch hier an die Diskussion von vor einem Monat und an die Vision für Kloten 2030, wie sich Stadt und Bevölkerung dieses Miteinander vorstellen. Es muss also gut und klar begründet werden, warum gewisse, teils gut genutzte Angebote plötzlich verteuert, reduziert oder ganz gestrichen werden. Ein simples "Wir müssen sparen" oder "das steht so in der Lü21" ist da zu wenig und kann uns unsere Glaubwürdigkeit kosten, beispielsweise wenn wir Sparmassnahmen von ein paar tausend Franken - die aber direkt und unmittelbar das Portemonnaie und das Leben einzelner Einwohnerinnen und Einwohner, Jugendlichen, Kinder betreffen - den grossen Investitionen von 30 Millionen für den Ersatzneubau Ausseneisfeld, fast 80 Millionen für das neue Schulhaus Nägelimoos und dem neuen Stadtplatz Süd mit 4 bis 5 Millionen gegenüberstellen. Die GLP ist sehr dafür, dass investiert wird, gerade in Krisenzeiten. Das haben wir letztes Jahr auch schon gesagt. Antizyklisch investieren heisst aber nicht nur in Immobilien und Infrastruktur, sondern auch in Menschen, in Potentiale zu investieren, damit auch die Bevölkerung und Gewerbe zuversichtlich und optimistisch, Kloten lebenswert und Bewährtes erhalten bleibt. Es ist uns wichtig, nicht nur die Ausgaben im Blick zu haben, sondern auch die Wirkungen - beabsichtigte und unbeabsichtigte. Das ganze Bündel an Massnahmen im Bereich Bildung und Kind der Leistungsüberprüfung beispielsweise hat einen hohen Effekt auf der Ausgabenseite, gemäss LÜ wird hier am meisten Geld gespart, insgesamt über 4.5 Millionen bis und mit 2025. Da werden Stellenprozente gestrichen, Finanzierungsschlüssel, Quoten und Therapieformen angepasst, Angebote bewusst verteuert oder Beiträge an Projekte gekürzt. Das kann man machen, wir müssen uns einfach bewusst sein, dass auf der Seite der Folgen sehr viel Unsicherheit herrscht. Und damit meine ich nicht nur explizit Kosten, die beispielsweise bei der Begleitung der Wiedereingliederung von Sonderschülern in die Regelklassen anfallen, oder geringere Einnahmen, weil ein freiwilliges Angebot zu teuer geworden ist. Massnahmen in diesem Bereich betreffen zu einem grossen Teil die Jüngsten und Schwächsten unserer Gesellschaft, und die Folgen begleiten diese je nach Situation ein Leben lang. Das müssen wir uns als Entscheidungsträger bewusst sein, und ich hoffe sehr, Stadtrat und Verwaltung nehmen ihre Verantwortung wahr und korrigieren wo nötig ihre LÜ-Massnahmen. Genau solche Massnahmen, welche Personen und Gruppen treffen, die keine Möglichkeit haben, die Konsequenzen der Massnahmen von sich aus zu tragen oder zu kompensieren, haben wir uns in der GLP daher sehr genau angesehen und stellen in gewissen Punkten Änderungsanträge oder stellen sie komplett zur Diskussion. Dazu aber bei den Einzelanträgen mehr. Wir werden nebst unseren eigenen Anträgen die von der GRPK geprüften und eingebrachten Anträge sowie teilweise auch Anträge anderer Fraktionen unterstützen. Unabhängig von den Anträgen unterstützen wir aber grundsätzlich das Gesamtbudget 2022 und den Steuerfuss von 103%. Ich bedanke mich im Namen der GLP-Fraktion nochmals für die Zusammenstellung des Budgets und die gute und transparente Kommunikation bei der Beantwortung unserer Fragen.

***SVP-Fraktion, Sandra Eberhard:** Mit der LÜ21 können Einsparungen von rund CHF 3.5 bis 4 Mio vorgenommen werden. Zudem sind dank dem Circle neue Firmen dazu gekommen. Auch aufgrund der Zusatzleistungsänderungen sind mehr Einnahmen zu verbuchen. Im 2023 werden dann auch noch zusätzliche Einnahmen aus dem Strassenfonds einfliessen. Somit ist der Haushalt mit minus CHF 3 Mio. ausgeglichener als vorher angenommen und der Steuerfuss muss aus unserer Sicht nicht erhöht werden. Wir werden in den nächsten Jahren dennoch die geplanten Investitionen von ca. CHF 150 Mio. tätigen müssen, dies jedoch mit der strukturellen Festigung durch die LÜ21 und konsequenter Einhaltung des Sparwillens und dem guten Fundament der bestehenden Finanzplanung. Wir von der SVP Kloten werden daher konsequent die Einhaltung der LÜ21 und die Anträge der GRPK unterstützen. Wir werden keine Anträge, welche diesen Massnahmen entgegenstehen, unterstützen. Wir sind der Meinung, dass Stadtrat und Verwaltung eine grosse, intensive, nicht leichte, aber sehr gute Arbeit geleistet haben. Wir sehen daher von eigenen, zusätzlichen Sparanträgen ab. Aufgrund der LÜ21 und der doch positiveren Entwicklung steht die SVP hinter dem*

vorgelegten Budget und dem unveränderten Steuerfuss, auch mit Ausblick auf eine hohe Investitionssumme in den nächsten fünf Jahren. Die SVP Fraktion bedankt sich hierfür beim Stadtrat und der Verwaltung.

Grüne-Fraktion, Reto Schindler: *Ich mache es etwas kürzer. Auch wir danken dem Stadtrat und der Verwaltung für das Budget. Wir werden von den Änderungsanträgen, bis auf ein paar einzelne, alle unterstützen wie auch das Gesamtbudget und die Weiterführung des Steuerfusses.*

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: *Ja, wer hätte gedacht, dass auf Guthaben Gebühren bezahlt werden müssen bei Finanzinstitutionen. Wer hätte gedacht, dass ein Virus die ganze Welt mehrere Jahre in Atem hält. Und wäre hätte gedacht, dass wir bei einem Budget mit einem Aufwandüberschuss CHF 3 Mio. nicht ohnmächtig unter den Tisch fallen. Jetzt auf die Fraktion der FDP bezogen, wer hätte gedacht, dass der Stadtrat einmal von sich aus gewisse Ausgaben einspart, bei welchen unsere Fraktion ohne Erfolg bereits einsparen wollte. Es zeigt sich in besonderen Zeiten, dass es möglich ist, auf Dienstleistungen zu verzichten, welche nicht unbedingt notwendig sind. Das schmerzt an manchen Orten, denn hinter all diesen Zahlen stehen Menschen, welche direkt oder indirekt davon betroffen sind. Im Vorwort des Stadtratsberichts ist er davon überzeugt, dass sich die Finanzlage der Stadt Kloten mittel- bis langfristig erholen wird. Besonders in Bezug auf unsere Motion Gewerbestudie erachtet es der Stadtrat als wichtig, die Ansiedlung von Branchen, welche nicht in direktem Zusammenhang mit der Luftverkehrsbranche stehen, zu optimieren, und ortet dies klar als langfristige Perspektive, um stärker aus der Krise zu treten. Das ist umso wichtiger, da in einer unsicheren und virustechnisch nicht planbaren Zukunft die wohl eintretende, ungünstige Finanzentwicklung im Arbeitsmarkt und bei den da ansässigen Firmen und KM's neben der Existenz- und Konkursängsten höhere Sozialaufgaben resp. -aufwendungen nötig machen wird. Das Budget verfehlt die meisten finanzpolitischen Ziele, welche der Stadtrat in seiner Finanzplanung vom November 2021 vorgestellt hat. Besonders beim Nettovermögen, bei welchem man in einer Bandbreite von minus bis plus CHF 150'000.00 pro Einwohner liegen sollte, werden wir im 2025 voraussichtlich eine Nettoschuld von über CHF 2'200.00 pro Einwohner haben. Ich möchte jetzt nicht noch einzelne Zahlen erwähnen, welche bereits der GRPK-Präsident und meine Kollegen vom Rat gemacht haben, sondern möchte auf die strategischen Zielsetzungen im Finanzhaushalt zu sprechen kommen. Wir haben dort fünf finanzpolitische Ziele und Massnahmen, von welchen zwei unsere Zielgrössen heute noch erreichen. Dies sind die Erfüllung des mittelfristigen Rechnungsausgleichs und ein nach wie vor attraktiver Steuerfuss, wenn wir ihn so belassen, wie er im Moment ist. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von der Luftfahrtbranche können wir jedoch nicht in die finanzpolitischen Reserven einbezahlen, sondern erst dann wieder, wenn wir einen Ertragsüberschuss generieren. Wo wir uns in der Fraktion aber grosse Sorgen machen, ist beim finanzpolitischen Ziel "Begrenzung Substanz und Verschuldung". Dies wegen der anstehenden Investitionen in den grösseren Millionenbeträgen. Gemäss der Finanzplanung, welche wir als Gemeinderäte heute lediglich zur Kenntnis nehmen können, resultiert, wie erwähnt, eine Nettoverschuldung von CHF 2'200.00 pro Einwohner Ende 2025. Damit wir aber ab 2025 Neuinvestitionen auch realisieren können, muss der Wert wieder tiefer liegen. Als ich die Werte in den Investitionen betrachtet habe, welche im Budget erwähnt sind, dann haben mir nicht unbedingt unsere Schulbauten im Nägelimoos, welche jetzt teurer werden, Sorgen bereitet, denn der Souverän hat uns da bereits in der Vergangenheit unterstützt. Nein, mir macht dort die Abteilung Freizeit und Sport Kopfzerbrechen. Einerseits, weil dort seit 2019 die Aufwendungen überproportional angestiegen sind und anderseits zukünftig im Schluefweg nebst dem geplanten Energiekonzept und der Wasseraufbereitung im Gegenwert von CHF 21 Mio. auch noch weitere Umbauten wie Wellness/Gastronomie für weitere CHF 20 Mio. geplant sind. Ich konnte in der letzten Zeit in der GRPK meinen Kollegen Andreas Keller vertreten. Wir haben an der vorletzten Sitzung am 23. November 2021, wenn ich mich recht erinnere, eine Präsentation der Verantwortlichen zum Schluefweg vorgeführt bekommen, welche mir einen Teil der Sorgen wieder genommen hat. Dies, da die Investitionsvorhaben tranchiert über eine längere Zeit eintreffen. Ich danke da ganz besonders Kurt Steinwender für die Präsentation. Denn alles andere wäre nur noch mit einer extremen Erhöhung des Steuerfusses möglich gewesen und das wollen wir in der FDP auf keinem Fall. Unser Nettovermögen weicht bis am Ende der Planperiode einer hohen*

Nettoverschuldung von CHF 48 Mio. Ich stelle mir die Frage, ob die finanzpolitischen Ziele und Massnahmen des Stadtrats teils veraltet und nicht mehr der Aktualität und den künftigen Herausforderungen entspricht. Da fehlen meiner Meinung nach einerseits zwei strategische Komponenten und andererseits eine nachhaltige, die das Wirtschaftswachstum begünstigende und klare Rahmenbedingungen für attraktiven Wohn- und Wirtschaftsstandort schaffende. Ebenso müssen wir uns fragen, ob zukünftige Ausgabensteigerungen nur noch im Rahmen der Teuerung und der Bevölkerungszunahme bewilligt werden sollten. Da denke ich, sollte man dies auf anderem Weg vielleicht einmal Einfordern und Überprüfen, da es in der Hoheit der Exekutive liegt und wir wie gesagt als Legislative den Finanzplan nur zur Kenntnis nehmen. Ich werde deshalb in nächster Zeit auf die Fraktionen zugehen, damit wir hier möglicherweise einen gemeinsamen Vorstoss zu den zukünftigen Herausforderungen und den entsprechenden finanzpolitischen Zielen und Massnahmen ausarbeiten können. Zurück zum Budget. Ich komme zum Schluss. Für die FDP ist es wie jedes Jahr wichtig, dass dort, wo wir investieren müssen, auch investiert wird und dass auch dort, wo gespart werden kann, wir sparen. In Krisenzeiten gilt dies weiterhin, wenn nicht sogar mehr als in anderen Zeiten. In dem Sinn ist für uns die LÜ21 und deren Einhaltung das Mass von allen Dingen. Wir alle haben diese Massnahmen mitgetragen im Wissen, dass sie unserer Stadt helfen werden. Auch heute gelten diese Massnahmen weiterhin. Grösstenteils trägt das Vorhaben diesen Vorgaben Rechnung. Die FDP unterstützt daher heute Abend sämtliche vom Stadtrat in der LÜ21 erwähnten Massnahmen und dankt an dieser Stelle der Verwaltung und dem Stadtrat für die Ausarbeitung dieser Massnahmen. Wir werden Spar- und Entlastungs- und Fehlbuchungen der Stadt, welche die GRPK in den Anträgen stellt, allesamt unterstützen. Die Anträge der SP und GLP, welche eine Aufweichung dieser Massnahmen vorsehen, werden wir allesamt nicht unterstützen.

SP-Fraktion, Philip Graf: *Ich mache es, wie Reto Schindler, kurz. Die SP dankt zuallererst den Stadtrat und der Verwaltung für die sorgfältige Arbeit am Budget und der GRPK für die sorgfältige Überprüfung. Wir werden uns bei einzelnen kontroverseren Anträgen noch melden. Die meisten Anträge werden wir aber unterstützen sowie das Gesamtbudget am Schluss und auch den Steuerfuss.*

Einzelberatung

Gemeinderatspräsidentin, Irene Frischknecht: *Von der GRPK und den Fraktionen sind insgesamt 25 Änderungsanträge eingegangen. Gibt es nebst den bekannten, bis heute gemeldeten, noch weitere bis jetzt noch nicht bekannte Anträge? Das scheint nicht der Fall zu sein. Die Detailberatung der Anträge erfolgt entsprechen der Cockpitnummerierung. Wie erwähnt liegen 25 Anträge vor. Davon werden wir vier Anträge, welche das Skilager betreffen, in einen Sammelantrag zusammenfassen. Dies wurde in Rücksprache mit dem GRPK-Präsidenten beschlossen. Die Reihenfolge der Wortmeldungen ist wie folgt: 1. Antragsteller/in, 2. GRP-Mitglied, 3. Stadtrat, 4. Ratsmitglieder. Über die Anträge wird einzeln abgestimmt, ausgenommen der erwähnte Sammelantrag der Skilager. Ich werde jeweils, da wir eine PowerPoint Präsentation haben, den Antragsteller nennen und die Sachgruppe. Wir starten mit dem ersten Antrag.*

1. **Antrag der GLP ER 121000 / 309900:**

   - Konstituierungsessen & Legislaturschlussanlass
   - Kürzung Betrag um 15% resp. CHF 3'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 16 Ja-Stimmen und 14 Nein-Stimmen angenommen.

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Ich mache es kurz, wir haben noch einige Anträge vor uns. Dieser Antrag folgt aus unserer Unterstützung der FDP-Motion zur Teileinsparung der Vergütungen an die politischen Gremien vom Juni dieses Jahres und ebenso aus der Zielgrösse von 15% Einsparung aus der LÜ21. Wir sind der Meinung, auch die Politik soll sich an den Bemühungen beteiligen und fordern hier eine Reduktion des Betrags für das Konstituierungsessen und den Legislaturschlussanlass von 15%, oder konkret 3'000 Franken.*

EVP-Fraktion, Tim Häfliger: *Vor vier Jahren hatten wir von der FDP einen sehr ähnlichen Antrag. Damals ging es um CHF 5'000.00 Reduktion beim Legislaturschlussessen. Die Voten vielen bereits damals recht klar aus; abgelehnt mit 23 Nein-Stimmen. So ein Antrag ist aus Sicht der EVP rein für den Wahlkampf. Natürlich klingt es sehr edel, wenn wir bei uns selber sparen und würde auch Sinn machen. Aber ich gehe aber mal davon aus, dass sich niemand im Gemeinderat wegen dem Geld in der Stadt Kloten engagiert. So ein Legislaturschlussessen haben alle, die sich hier engagieren für die Stadt Koten, verdient. Ich vertraue auch Irene, dass sie nicht das volle Budget ausschöpfen wird. Zum Schluss noch ein kleines, amüsantes Zitat von Silvan Eberhard von vor vier Jahren: "Ich hoffe, dass es der Zufall so will, dass die FDP in vier Jahren diesen Anlass organisieren darf und zuoberst auf dem Bock sitzt. Dann dürfen wir dann auf dem Stadtplatz Würste essen gehen".*

2. **Antrag der GRPK ER 122000 / 313000**

   - Streichung Umsetzung Kulturkonzept
   - CHF 15'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 29 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Belinda Mastev: *An der letzten Sitzung vom 02. November 2021 wurde das Geschäft Kulturkonzept/Kulturbeauftragter abgelehnt. Aufgrund dieser Entscheidung ergibt sich keine Kulturkommission und der Betrag von CHF 15'000.00 kann aus dem Budget 2022 gestrichen werden.*

3. **Antrag der GRPK ER 122060 / 363600**

   - Streichung Anpassung Leistungsvereinbarung mit Szene Kloten
   - CHF -20'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Belinda Mastev: *Aufgrund der Leistungsvereinbarung der Stadt Kloten werden die CHF 20'000.00 aus dem Kulturbüro wieder der Szene Kloten gutgeschrieben. Wie in der Leistungsvereinbarung festgealten.*

4. Antrag der GRPK ER 221000 / 301000

- Streichung Stelle Kulturbeauftragte/r
- CHF 80'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 28 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Roman Walt: *Auch dies ist ein Folgeantrag aus der Streichung des Kulturbeauftragten von der Sitzung vom 02. November 2021. Daraus folgen Minderausgaben von CHF 80'000.*

5. Antrag der GLP ER 321090 / 309000

- Verzicht auf Massnahme 32.16 der Lü21 (Verzicht auf freiwillige Sprachaufenthalte der Lernenden ohne BMS)
- -3'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 15 Nein-Stimmen und 15 Ja-Stimmen mit Stichentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt.

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Wir kommen jetzt zum ersten Antrag, der eine LÜ-Massnahme betrifft und ich hoffe, dass trotz der konsequenten Haltung von SVP, FDP und Mitte eine Diskussion zustande kommt. Uns ist es auch in Krisenzeiten wichtig, Berufseinsteiger und Berufseinsteigerinnen die Erfahrungen zu ermöglichen, welche ihnen bei ihrer Tätigkeit zugutekommen. Wer von uns schon Austauschsemester, Sprachaufenthalte oder ähnliches gemacht hat, weiss, wie wichtig der Einblick in eine fremde Sprache, in fremde Kulturen ist. Und Kloten umfasst 120 Nationen, da ist dieses Wissen und eine entsprechende Offenheit wichtig. Das Angebot der freiwilligen Sprachaufenthalte wurde regelmässig genutzt. Wir sehen darum die Einsparung hier kritisch, da es uns unwahrscheinlich erscheint, dass Sprachaufenthalte bei einem Wegfall des städtischen Beitrags dennoch auf individueller Basis stattfinden werden. Das ist eine Einsparung auf Kosten von Schwächeren und schmälert auch das Ansehen der Stadt Kloten als Arbeitgeberin. Wir bitten daher den Rat, unseren Änderungsantrag auf Verzicht dieser Massnahme und entsprechend der Wiedereinsetzung von Mehrausgaben von CHF 3000.00 zuzustimmen.*

EVP-Fraktion, Tim Häfliger: *Ich kann aus eigener Erfahrung erzählen, dass so ein Sprachaufenthalt während der Lehrzeit sehr wichtig ist. Nicht nur sprachlich, sondern auch, um kulturell etwas Neues kennenzulernen und um den Klassenzusammenhalt zu fördern. Wir von der EVP finden es auch unfair, dass das Schulniveau darüber entscheidet, ob ein Sprachaufenthalt möglich ist oder nicht. Wir finden es wichtig, dass alle die Möglichkeit für einen Sprachaufenthalt haben und sprechen uns für den Änderungsantrag aus.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Die Abstimmung ergibt 15:15. Somit habe ich, als Ratspräsidentin, den Stichentscheid. Da wir als Fraktion entschieden haben, uns an die LÜ zu halten, spreche ich mich dagegen aus. Somit ist der Antrag mit dem Stichentscheid abgelehnt.*

6. Antrag der Grünen; ER 424031 / 313100

- Integration 5790; Planung und Projektierungen Dritter
- LÜ21 nicht umsetzen; Keine Streichung von 35'000 Franken jährlich
- CHF -35'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 15 Nein-Stimmen und 15 Ja-Stimmen mit Stichentscheid der Ratspräsidentin abgelehnt.

Grüne-Fraktion, Belinda Mastev: *Im Budget 2022 soll aufgrund der LÜ21 Massnahmen eine jährliche Einsparung von CHF 35'000.00 bei den gemeindeeigenen Mitteln in KIP 2 eingespart werden. Dies bedeutet, dass dieser Budgetposten von CHF 162'000.00 auf CHF 127'000.00 gekürzt werden soll. Einen grossen Teil dieser Kosten werden zurzeit vom Kanton übernommen. Leider bedeutet dies aber ganz konkret, dass ein Deutschkurs, welcher zur Integration der Bevölkerung in Kloten genutzt wird, gestrichen werden muss. Während diesen Kursen ist auch die Kinderbetreuung der Teilnehmer gewährleistet, damit sie die Kurse besuchen können. Diese Dienstleistung ist mit der Leistungsvereinbarung festgehalten worden. Im Durchschnitt werden acht Kurse jährlich angeboten und diese konnten auch regelmässig durchgeführt werden. Seit der Pandemie ist die Anfrage noch grösser geworden und es konnten sogar neun Deutschkurse angeboten werden. Das Niveau der angebotenen Kurse umfasst die Kategorien, A1 bis B1, das heisst Anfänger bis Fortgeschrittene. Seit dem Jahr 2019 trat auch das neue Integrationsgesetz in Kraft, welches fordert, dass diese Kurse auch besucht werden müssen, um eine C – Bewilligung zu beantragen. Aus Sicht der Grünen Fraktion ist die Streichung der CHF 35'000.00 daher nicht verhältnismässig, da mit diesem Geld einigen Menschen in Kloten ein Deutschkurs ermöglicht werden könnte, um sich fest zu integrieren. Mit diesen Kursen wird diesen Menschen ermöglicht, sich so zu integrieren, um auch in der Berufswelt Fuss zu fassen, was ein weiteres Ziel sein sollte, um den Lebensunterhalt selbständig bestreiten zu können. Aus diesen Begründungen macht es Sinn, diese LÜ21 Massnahme nicht im Budget umzusetzen.*

Stadträtin, Regula Käser: *Genau dies ist eine solche LÜ-Massnahme, die schmerzt. Es hat ganz viele LÜ-Massnahmen, die alle schmerzen. KIP ist vielleicht nicht allen bekannt, was dies ist. Das ist das kantonale Integrationsprojekt. Das begann vor längerer Zeit. Der Bund gibt dem Kanton Geld und der Kanton gibt es an die Gemeinden weiter. Die Gemeinden sind verpflichtet, gleich viel zu investieren, wie sie vom Kanton Geld erhalten. Dazumal, 2016, hat der Bund die Gelder gekürzt. In Kloten hatten wir gerade mit all diesen Integrationskursen begonnen, welche sehr gut anliefen. Dazumal hat die Stadt gesagt, sie übernimmt den Beitrag, welcher der Kanton uns kürzt. Daher stimmt das Verhältnis von 50:50 seit damals nicht mehr und hat zu 40:60 Prozent gewechselt. Jetzt ist dies genau ein solcher Fall, welcher durch die LÜ-Massnahmen gestrichen wurde. Denn wir sind nicht verpflichtet, um 60:40 zu bezahlen, sondern nur 50:50. Wir wissen all hier, die Sprache ist ganz zentral für die Integration. Darum muss ich jetzt sagen, dass dies eine LÜ-Massnahme, welche wirklich, wirklich schmerzt.*

GLP-Fraktion, Roman Walt: *Ich habe es eingangs erwähnt, die GLP hinterfragt Massnahmen kritisch, welche die Schwächsten treffen. Personen, die die Folgen der Massnahmen aus eigener Kraft nicht selbst kompensieren oder Alternativen finden können. Bei dieser Massnahme sind wir uns nicht ganz einig, wie direkt betroffen die Personen sind. Die gesetzliche Integrationspflicht wird immer noch erfüllt und man ist nicht gezwungen, mehr zu bezahlen. Es wird gegebenenfalls etwas länger dauern und die Möglichkeiten für Alleinerziehende oder voll berufstätige Eltern, am Deutschkurs teilzunehmen, wird evtl. erschwert. Auf der anderen Seite verursacht nicht gelungene Integration Folgekosten, welche die Einsparung mit dieser Massnahme schnell aufheben können. Die GLP Fraktion wird dem Änderungsantrag der Grünen mehrheitlich zustimmen.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Wir haben 15:15 Stimmen. Da es sich um eine LÜ-Massnahme handelt und ich wie vorhin begründet mit meiner Fraktion diese umsetzen will, werde ich dagegen stimmen. Somit ist der Antrag abgelehnt.*

7. Antrag der GRPK ER 427100 / 311100

- Streichung Ersatz Fahrzeug Claudia 118 (2. Pikett bzw. Dienstfahrzeug)
- 49'000.00

Beschluss:

Der Antrag wird mit 23 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimmen sowie 6 Enthaltung angenommen.

Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission, Belinda Mastev: *Im Budget 2021 wurde bereits über ein zweites Dienst-/Pikettfahrzeug debattiert. Im letzten Jahr wurde diese Investition aus dem Gemeinderat mit einer Streichung verabschiedet. Die Begründungen, welche zur Ablehnung geführt haben, sind fast identisch mit den Begründungen im Budget 2022. Die GRPK hat sich auch in diesem Jahr sehr intensiv mit dem Antrag auseinandergesetzt. Der Antrag, dass ein weiterer Dienst-/Pikettfahrzeug in der Höhe von CHF 49'000.00 angeschafft werden muss, scheint nicht den erhofften Anklang zu finden. Laut GVZ ist es keine Pflicht, dem Stützpunkt ein weiteres Dienst-/Pikettfahrzeug zur Verfügung zu stellen. Die Feuerwehr Kloten besitzt bereits ein vollumfängliches Pikettfahrzeug, welches im Einsatz ist. Das Argument, dass ein weiteres Fahrzeug zusätzlich auch zum Material transportieren und für weitere Tätigkeiten genutzt werden kann, fand auch nicht die erhoffte Wirkung, da in diesem Fall ein Auto nicht mit Blaulicht und weiteren Ausstattungen ausgestattet werden muss. Die Feuerwehr Kloten besitzt bereits Fahrzeuge, welche für diese Aufgaben genutzt werden könnten. Die Mehrheit der GRPK beantragt daher dem Antrag ein weiteres Dienst-/Pikettfahrzeig von CHF 49'000.00 im Budget 2022 zu streichen.*

Stadträtin, Gaby Kuratli: *Ich höre immer Pikett. Pikettfahrzeug hier, Pikettfahrzeug da. Es ist kein Pikettfahrzeug per se. Ich lese euch kurz vor, was ihr alle zu 427100 / 311100 erhalten habt: "das Fahrzeug der Feuerwehr Materialwartin, Stabsoffizier und das 2. Pikettfahrzeug". Das "und" heisst also nur, wenn etwas wäre. Das Fahrzeug mit Blaulicht und Wechselklangton hätte man eigentlich bereits im 2021 ersetzten sollen. Wir hatten sehr viele Reparaturen in diesem Jahr. Die Kosten steigen da. Wenn das Auto im 2022 abliegt, dann sind es gebundene Ausgaben. Dann müssten wir eines anschaffen. Ihr wisst alle, wie lange, dass es in der Pandemiezeit dauert, bis ein Auto bei uns ist. Man kann bis zu einem Jahr rechnen. Wir sind auf ein zweites Dienstauto, ein Auto für die/den Materialwartin angewiesen. Wir könnten das bestehende Auto, welches immer wieder repariert wurde, in den Schluefweg geben, denn auch dort wird eines benötigt. Ich bitte euch, dies nochmals zu überdenken. Es ist ein Dienstfahrzeug für die Materialwartin und erst in 2. Linie ein Pikettfahrzeug. Wenn bei uns jemand zu einem Brand ausrückt, darf dies nur mit Blaulicht geschehen. Das Pikettdienstauto, dass ihr erwähnt, dass dürfte gar nicht ohne Blaulicht. Wir haben schon genug Fahrzeuge, aber ich bitte euch das wirklich nochmals zu überdenken, ob ihr dies streichen wollt.*

EVP-Fraktion, Tim Häfliger: *Das Feuerwehrfahrzeug ist ein sehr emotionales Thema und es geht da hauptsächlich um Personen in der Feuerwehr und hat weniger mit Sachpolitik zu tun. Die EVP setzt sich aber dafür ein und will Sachpolitik betreiben und hält sich daher raus und enthält sich.*

Frage 3

Strebt der Stadtrat zusammen mit anderen Flughafengemeinden ein Gemeindereferendum gegen einen zustimmenden Beschluss des Kantonsrates an?

Der Stadtrat geht davon aus, dass das Referendum, ungeachtet des Kantonsratsentscheides, ergriffen wird. Ob die Pistenverlängerungen umgesetzt werden, wird sich somit aller Voraussicht nach sowieso auf kantonaler Ebene und nicht in Kloten entscheiden.

Der Stadtrat findet es wichtig, dass er – gerade in Krisenzeiten – dem Flughafen Sorge trägt und eine technisch notwendige Umgestaltung des Pistensystems nicht aktiv bekämpft.

Beschluss Stadtrat:

Der Stadtrat genehmigt die Antwort zur Interpellation "Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich-Kloten" und bittet den Interpellanten um Kenntnisnahme.

Beschluss:

1. Die Antwort des Stadtrats betreffend der Interpellation "Pistenverlängerungen am Flughafen Zürich-Kloten" wird zur Kenntnis genommen und die Interpellation stillschweigend abgeschrieben.

Wortmeldungen

SP-Fraktion, Max Töpfer: *Zuerst einmal möchte ich dem Stadtrat und insbesondere René Huber und Marc Osterwalder für die ausführliche Beantwortung meiner Interpellation danken. Wie ihr euch aber vielleicht vorstellen könnt, hat sich die SP vom Stadtrat eine andere Position erhofft. In der Antwort fehlt leider jegliche kritische Beleuchtung des Projekts. Dabei gäbe es so viele Punkte, die man bei den Pistenverlängerungen hinterfragen könnte. Nehmen wir da z.B. das Argument der Sicherheit. Ein klassisches Todschlagargument. Wer kann schon gegen mehr Sicherheit sein? Natürlich niemand. Auch wir von der SP sträuben uns nicht, wenn es um Massnahmen geht, welche die Sicherheit fördern. Darum geht es bei diesem Projekt aber leider nicht nur. Grundsätzlich möchte ich an dieser Stelle festhalten, dass der Flughafen Zürich bereits heute einer der sichersten auf der Welt ist. Wäre das nicht so, müsste der Flugbetrieb schliesslich per sofort eingestellt werden. Reden wir aber nun einmal über die Verlängerung der Piste 28 nach Westen. Also den Teil des Projekts, der uns in Kloten durch die vermehrten Ostanflüge am stärksten betreffen würde. Diese zusätzlichen 400 Meter Runway sollen es ermöglichen, dass auch bei Regenwetter Grossraumflugzeuge über das Ostkonzept den Flughafen ansteuern können und die Ausweichroute über die Piste 16 hinfällig machen. Wenn wir uns aber anschauen, wie viele Grossraumflugzeuge im Betriebszeitraum des Ostkonzepts auf der Piste 28 landen, sehen wir, dass es sich um einige wenige Einzelfälle handelt, die dann effektiv auf die Piste 16 umgeleitet werden müssten. Daher lässt sich eine Beibehaltung des Status Quo sehr gut rechtfertigen. Zumal eine kurzfristige Anpassung der Anflugrouten an den meisten Flughäfen gang und gäbe ist. Natürlich entstehen dadurch aber bei einem so eng getackten Flugplan Verspätungen, weil andere Flugzeug die die Piste 28 ansteuern wollen, warten müssen. Hier bietet sich aber eine einfache Lösung an: Reduzieren wir doch einfach die Flugbewegungen im Betriebszeitraum des Ostkonzepts, allen voran nach 22 Uhr. Durch eine Reduzierung der Flugbewegungen kann man im Übrigen auch einen Beitrag zur Einhaltung der Nachflugsperre leisten. Eine andere Idee wäre es natürlich, den Verspätungsabbau abzuschaffen und ein Nachflugregime à la Frankfurt, mit einem Startverbot ab 23 Uhr einzuführen. Aber das nur als Randbemerkung. Mir bleibt aber dennoch eine Frage: Lässt sich für wenige Einzelfälle eine derart grosse Investition von einer viertel Milliarde Franken rechtfertigen? Der Flughafen verspricht, dass die Pistenverlängerungen zu keinem zusätzlichen Flugverkehr führen. Bei solchen Aussagen ist aber doch etwas Misstrauen berechtigt. Ein Beispiel: Der Regierungsrat versprach in der Abstimmungsweisung zur 5.*

Ausbauetappe im Jahr 1995, dass der Flughafen nach Ende der Baumassnahmen rund 250'000 Flugbewegungen jährlich zählen wird. Bereits fünf Jahre nach der Abstimmung erreicht der Flughafen seine bisherige Rekordzahl mit 291'000 Bewegungen. 2019 zählte man 275'000 Bewegungen. Und bereits heute schon zeichnet sich ab, dass der Flughafen nach Ende der Corona-Pandemie wieder an diese Zahlen herankommen wird. Mit den Verlängerungen der Pisten 28 und 32 werden voraussichtlich mehr Flugbewegungen als heute möglich sein. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wer von euch stellt sich einen Tesla oder Ferrari in die Garage, um ihn dann am Ende nicht zu fahren? Bei diesem Projekt wird die Sicherheit vorgeschoben, um einen Kapazitätsausbau durch die Hintertür zu ermöglichen. Wir von der SP machen bei diesem Spiel nicht mit! Wir lehnen diesen weiteren Flughafenausbau aus drei Gründen ab: 1. Schon heute ist der Flughafen Zürich ein City Airport. Nirgends wo anders in Europa ist ein Flughafen von dieser Grösse so stark mit einem dicht besiedelten Gebiet zusammengewachsen. Immer mehr Menschen leben im Einzugsbereich des Flughafens und sind von den schädlichen und lästigen Auswirkungen des Fluglärms betroffen. Das zeigt auch der Zürcher Fluglärmindex deutlich. Das Bauen in der Region rund um den Flughafen wurde in den letzten Jahren von der Politik aber auch aktiv gefördert. So wurde die eidgenössische Lärmschutzverordnung im Jahr 2015 zugunsten der Flughafengemeinden angepasst. Wir können nicht unsere Stadt verdichten und Platz für mehr Einwohnerinnen und Einwohner schaffen und gleichzeitig eine expansive Hub-Strategie am Flughafen mit unterstützen. Das schafft nur Konfliktpotenzial. 2. Für den Stadtrat mag Fluglärm eine subjektive Wahrnehmung sein. Wissenschaftliche Studien belegen aber ganz klar, dass dieser Lärm auch unbewusst krank machen kann. So zeigt beispielsweise die SIRENE-Studie, dass Menschen, die in An- und Abflugschneisen wohnen, häufiger an Herz-Kreislauf-Erkrankungen leiden. Auch die Todesfälle aufgrund dieser Beschwerden sind in Flughafenregionen signifikant höher. Ebenfalls kann Fluglärm die kognitive Entwicklung von Kindern beeinträchtigen. 3. Bis heute fehlen Massnahmen, um den CO_2-Ausstoss im Luftverkehr wirksam zu reduzieren. Angesichts der dramatischen Klimakrise ist ein weiterer Flughafenausbau darum unverantwortlich. Es wäre im Interesse unserer klimapolitischen Ziele, viel eher auf einen Ausbau des europäischen Bahnnetzes zu setzen. Denn 80 Prozent aller Destinationen, die Schweizerinnen und Schweizer anfliegen, liegen in Europa. Aber ja, da sind unsere Möglichkeiten in Kloten jetzt wirklich begrenzt. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, der SP ist bewusst, dass der Flughafen der Wirtschaftsmotor von Kloten ist. Dennoch müssen wir auch die Kehrseite der Medaille betrachten. Nichtsdestotrotz hat meine Interpellation ihr Ziel erfüllt. Der Stadtrat hat eine Position gefasst und nun geht's bald in den Abstimmungskampf. Ich bin gespannt, wer am Ende die Zürcher Bevölkerung überzeugen kann.

07.12.2021 Beschluss Nr. 118-2021 Postulat 8130: Kim Mishra, glp; Eine eCargo-Bike Sharing Plattform für die Klotener Bevölkerung; Begründung / Überweisung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Postulat; Kim Mishra, glp; Eine eCargo-Bike Sharing-Plattform für die Klotener Bevölkerung; Begründung

Kim Mishra, glp und Mitunterzeichnende haben folgendes Postulat am 05. November 2021 eingereicht:

Die glp Kloten bittet den Stadtrat zu prüfen, ob mindestens vier eCargo-Bikes eines Betreibers ihrer Wahl für Kloten gesponsert werden können. Zudem soll der Stadtrat prüfen, welche Standorte in Kloten geeignet sind für das Platzieren dieser eCargo-Bikes. Er soll Läden, Unternehmen, oder andere Institutionen finden, die als Wirte für diese eCargo-Bikes an den identifizierten Standorten fungieren.

Begründung:
Die eCargo-Bike sharing Plattform „carvelo2go" (www.carvelo2go.ch) erfreut sich grosser Beliebtheit im Kanton Zürich. Die Plattform bietet elektronisch unterstützte Lastenvelos (eCargo-Bikes) an, die bei einem Laden, Unternehmen oder einer anderen Institution auf Stundenbasis per digitalen Applikation gemietet werden können. Die Lastenvelos haben eine Nutzlast von 100 kg und es können sperrige Gegenstände, sowie Personen transportiert werden. Die Mietkosten betragen CHF 5 pro Stunde mit der Option eines „Halbtax" für CHF 90. Mit dem Lastenvelo können Transporte ohne die Verwendung eines Automobils durchgeführt werden:

1. *Glas-, Alu-, Karton- und Altpapier Berge können bequem ins Abfallzentrum transportiert werden.*
2. *Transport wie z.B. kleinen Möbeln, Holz und Pflanzen.*
3. *Transport von Lebensmittel Einkäufen*
4. *Transport von bis zu zwei Kindern*
5. *Transport von Freizeitausrüstung*
6. *Transport von Utensilien für das Wochenend Picknick*
7. *Transport von Werkzeugen zum Schrebergarten*

Eine solche niederschwellige Alternative zum Automobil kann das Strassenverkehrsaufkommen in Kloten reduzieren und verringert die mobilitätsbedingte Umweltverschmutzung, sofern die Akkus mit Strom aus erneuerbaren Quellen aufgeladen werden. Diese Annahme ist berechtigt laut der Stromherkunftsbezeichnung der ibk.

Beschluss:

1. Das Postulat wird mit 18 Ja-Stimmen zu 12 Nein-Stimmen an den Stadtrat zur Beantwortung bis zur Gemeinderatssitzung vom 07.06.2022 überwiesen.

Wortmeldungen:

GLP-Fraktion, Kim Mishra: *Beim Postulat eCargo-Bike Sharing-Plattform für die Klotener Bevölkerung geht es uns darum, dass wir ein Angebot auf Kloten holen, das es bereits in vielen anderen Gemeinden der Schweiz gibt. Es handelt sich um elektronisch unterstützte Lastenvelos, eCargo-Bikes, welche im Laden um die Ecke, der Bibliothek oder auch z.B. dem Bierladen auf Stundenbasis mieten kann. Ein prominenter Anbieter von solchen Lastenvelos ist carvelo2go. carvelo2go bietet diverse Finanzierungsmodelle an. Eine Gemeinde kann ein Lastenvelo für CHF 2'500.00 pro Jahr selber sponsoren, oder eine private Institution kann das Lastenvelo für CHF 3'000.00 zur Verfügung stellen. Für private Institutionen gehen die Mieteinnahmen zu 100% an die Institution, bis die CHF 3'000.00 erreicht sind. Anschliessend werden die Einnahmen 50:50 mit carvelo2go geteilt. Aus unserer Sicht ist dies ein guter Deal. Wir denken darum, dass es am kostengünstigsten wäre, wenn der Stadtrat private Institutionen sucht, welche bereit wären ein Lastenvelo zu bewirten. Falls die Mieteinnahmen unter CHF 3'000.00 fallen, könnte man in einer Pilotphase anbieten die Differenz zu bezahlen. Im besten Fall entstehen so weder für den Lastenvelowirt oder -wirtin noch für die Stadt Kosten. Im schlimmsten Fall, welchen ich als sehr unwahrscheinlich erachte, zahlt die Stadt CHF 3'000.00 pro Velo und kann die Velos nach einer, in diesem Fall missglückten, Pilotphase zurückgeben. Somit wäre aus unserer Sicht alle Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Mobilitätsprojekt erfüllt. Es hat keine Fixkosten, ist einfach skalierbar, für alle Bürger per App zugänglich, sein Erfolg direkt messbar und die Stadt fungiert als Katalysator und nicht als Service-public Dienstleister. Ich hoffe, ihr seht dies auch so und könnt dem Postulat zustimmen.*

Stadtrat, Roger Isler: *Der Stadtrat wird das anschauen und überprüfen.*

07.12.2021 Beschluss Nr. 119-2021 Interpellation 8131; Kim Mishra, glp; Strategische Planung für die Anbindung und Erweiterung des Klotener Velobahnnetzes bis 2030; Begründung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Kim Mishra, glp; Strategische Planung für die Anbindung und Erweiterung des Klotener Velobahnnetzes bis 2030; Begründung

Kim Mishra, glp und Mitunterzeichnende haben am 05. November 2021 die folgende Interpellation eingereicht.

Velos bieten eine ökologischere, platzsparendere, lärmemissionsärmere und gesündere Alternative zum MIV und ÖV im Nahverkehr. Velofahren hilft folglich nicht nur gegen die Volkskrankheit Nummer 1 in westlichen Staaten, dem Übergewicht, sondern entlastet zudem den Strassenverkehr und die Umwelt. Leider wurden Velobahnen in der Schweiz in den vergangenen Jahrzenten vernachlässigt und marginalisiert. Kloten bildet hier keine Ausnahme: Fährt man die Schaffhauserstrasse vom Bramenring in Richtung Bahnhof entlang, muss man erstaunt feststellen, dass der Velostreifen ein abruptes Ende findet nach dem Kino Claudia und man sich mit den Autofahrern ein Kopf an Kopf Rennen leistet. Auch bei den Veloparkplätzen wird die stiefmütterliche Behandlung des Velos ersichtlich: Am Bahnhof Kloten, bei der Stadthauspassage und beim Schluefweg stehen die PKW Parkplätze im Vordergrund und die Veloparkplätze im Hintergrund. Auf kantonaler Ebene weht ein anderer Wind. Im kantonalen Gesamtverkehrskonzept sollen bis 2030 rund 8 Prozent aller Wegetappen mit dem Velo zurückgelegt werden. Die jährlichen Investitionen zur Behebung der rund 1'200 Schwachstellen im kantonalen Velowegnetz werden von 15 auf 20 Millionen CHF erhöht. Diese Massnahmen haben keine Wirkung, wenn wir auf kommunaler Ebene nicht mitziehen. Auch die infrastrukturellen Entwicklungen rund um und in Kloten lassen eine Vernachlässigung des Velobahnnetzes nicht länger zu. Die geplante Führung der Glattalbahn durch Kloten bietet eine grosse Chance für einen Ausbau und eine Anbindung des Klotener Velobahnnetzes an das kantonale Velobahnnetz. Die Velowege in den Quartieren müssen so angelegt werden, dass möglichst schnell und sicher auf die geplanten Veloschnellrouten geradelt werden kann. Um dies rechtzeitig bewerkstelligen zu können muss der Stadtrat jetzt handeln und bei Strassensanierungen konsequent Velowege bauen. In Anbetracht dieser Entwicklungen möchte die glp Fraktion folgende Fragen an den Stadtrat stellen:

1. *Was ist der Status Quo des Klotener Velobahnnetzes? Welche Massnahmen aus dem Gesamtverkehrskonzept vom 5. September 2013 durch die ewp AG, die zur Verbesserung des Velobahnnetzes ausgearbeitet wurden, sind bis dato umgesetzt worden? Welche nicht und wieso nicht?*
2. *Gibt es ein Veloparkierungskonzept auf kommunaler Ebene? Wenn nein, wieso nicht?*
3. *Gibt es eine Analyse der Velonetzschwachstellen in Kloten und ein Massnahmenpaket zu deren Behebung?*
4. *Welche Massnahmen werden von der Stadt Kloten bereits ergriffen, um die Benützung des Velos im Nahverkehr attraktiver zu machen? Wo bestehen zusätzliche Handlungsfelder?*
5. *Wie möchte der Stadtrat das Klotener Velonetz entwickeln, um eine optimale Anbindung an die geplante Schnellroute (Glattalbahn) zu garantieren?*

Beschluss:

1. Die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation bis spätestens z.H. der Gemeinderatssitzung vom 01. März 2022 schriftlich.

Wortmeldungen:

GLP-Fraktion, Kim Mishra: *"Die Welt ist im Wandel: Ich spüre es im Wasser, ich spüre es in der Erde, ich rieche es in der Luft." Dies, meine werten Anwesenden, ist kein Zitat von Greta Thunberg, sondern der Romanfigur Gandalf aus Herr der Ringe. In der GLP-Fraktion geht es uns gleich. Dieses Mal nicht wegen dem*

Klimawandel, sondern wegen den grossen Investitionen in die Veloinfrastruktur, welche der Kanton geplant hat. Da die durchschnittliche Pendlerdistanz im Kanton Zürich 35 km beträgt, werden Velobahnschnellrouten angelegt, welche das Pendeln mit dem Velo über grössere Strecken stark erleichtern sollen. Bis 2030 sollen 8 % von allen Wegetappen mit dem Velo zurückgelegt werden. Im 2017 wurden lediglich 3 % der Wegetappen mit dem Velo zurückgelegt. Ziel ist eine Erhöhung bis 2030 um 5 %. Damit dieses kantonale Ziel erreicht wird oder erreicht werden kann, müssen die Gemeinden natürlich mitziehen. Kloten hat hier eine besonders grosse Verantwortung, da wir, aufgrund des Flughafens als Grossarbeitgeber, extrem viele Pendler nach und aus Kloten haben. Wenn es uns gelingt, ein attraktives Velonetz aufzubauen können wir somit sicherlich einen Teil des Pendlerstroms aus den umliegenden Gemeinden von vier auf zwei Räder reduzieren. Auch die geplante Erweiterung der Glatttalbahn ist eine enorme Chance, das kommunale Velonetz auszubauen und die geplanten Schnellrouten an der Glatttalbahn optimal anzubinden. Darum wollen wir von der GLP den Stadtrat fragen, wie er den Status Quo des Velonetzes sieht und wo er mögliche Entwicklungsszenarien bereits aufzeigen kann. Ich hoffe der Rest des Rates ist ebenfalls interessiert und kann darum diese Interpellation unterstützen.

Stadtrat, Roger Isler: *Der Stadtrat nimmt dies entgegen und wird schriftlich antworten.*

07.12.2021 Beschluss Nr. 120-2021 Motion 8144; Peter Nabholz, FDP; Gewerbestudie zur Unterstützung der KMU und Belebung des Stadtzentrums; Begründung / Überweisung

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Postulat; Peter Nabholz, FDP; Gewerbestudie zur Unterstützung der KMU und Belebung des Stadtzentrums; Begründung / Überweisung

Peter Nabholz, FDP und Mitunterzeichnende haben am 11. November 2021 die folgende Motion eingereicht:

Seit der letzten Gewerbestudie sind annähernd 2 Dekaden vergangen. Aufgrund dieser wurde die Entwicklung bewusst in Richtung „Gewerbeverdichtung" ins Stadtzentrum geführt. Kloten hat sich als Wohnort weiterentwickelt, ist jedoch als Anziehungspunkt für Klein- und Mittelbetriebe nach wie vor nicht besonders stark aufgestellt. Dies beweisen auch die Leerbestände der vom Kanton geforderten Erdgeschossnutzungen. Kleine und gewerblich ausgerichtete Firmen haben in Kloten mehr Entwicklungsprobleme als grosse, wertschöpfungsintensive Betriebe.

Eine Verbesserung der Situation für Gewerbebetriebe bringt mehr Arbeitsplätze, erhöht den örtlichen Konsum und damit die Belebung des Zentrums und wirkt – in Bezug auf die Konjunkturabhängigkeit vom Flughafen und den flugnahen Betrieben – beschäftigungsstabilisierend und steuerrelevant. Kurze Wege zwischen den Anbietern optimieren damit auch die Versorgung von älteren Personen, Familien mit Kindern und der Laufkundschaft.

Deshalb beantragt die FDP-Fraktion eine aussagekräftige Studie, die mindestens untenstehende Punkte umfasst (Auflistung muss und soll nicht abschliessend sein). Um die Repräsentativität einer solchen Studie zu gewährleisten, ist es wichtig, dass nicht das momentan gültige «Corona-Bild» genommen wird:

- *Aufzeigen der Fakten & Zahlen zum Klotener Gewerbe (Anzahl Unternehmen, Branchenzugehörigkeit, Zuzüge, Wegzüge, Konkurse)*
- *Identifizieren von leeren Gewerbeflächen auf dem Stadtgebiet*
- *An welchen Lagen ist die Ausgestaltung der Erdgeschosse und deren Typus in Bezug auf die Nutzung für das produzierende und/oder publikumsorientierte Gewerbe vorhanden?*
- *Identifizieren von Stärken und Schwächen von Kloten als Gewerbestandort (dabei zu berücksichtigen sind die hohe Leerstandsquote bei Gewerbeflächen und die mangelhafte wirtschaftliche Zentrumsbelebung)*
- *Handlungsbedarf und Massnahmenplan:*
  - *Zur Optimierung von Kloten als Gewerbestandort*
  - *Mit Perspektiven & Chancen für das Klotener Gewerbe*
  - *Inkl. der Untersuchung der Möglichkeit einer proaktiven Unterstützung der Stadt zum Beleben von leeren Gewerbeflächen*

Vorprüfung Stadtrat:
Der Stadtrat hat mit Beschluss 264-2021 vom 23.11.2021 festgehalten, dass für das Anliegen der Motionäre das Instrument des Postulates besser geeignet ist. Mit einem Postulat wird der Gemeindevorstand verpflichtet zu prüfen, ob eine Vorlage auszuarbeiten oder eine Massnahme zu treffen ist. Unter "Massnahme" sind dabei auch Beschlüsse oder Handlungen zu verstehen, die in die abschliessende Zuständigkeit des Gemeindevorstandes oder einer anderen Behörde fallen. Genau dies trifft vorliegend zu. Die Vorprüfung kommt auch unter Berücksichtigung der ab 1. Januar 2022 gültigen Gemeindeordnung und des ab demselben Datum anwendbaren revidierten Geschäftsreglements des Gemeinderates zu keinem anderen Schluss. Die Umwandlung in ein Postulat ist nur mit Zustimmung des Verfassers möglich (Art. 60 Abs. 2 Geschäftsreglement Gemeinderat). Das Gespräch mit dem Verfasser wurde vorgängig gesucht.

Antrag Verfasser:

1. Aufgrund der Vorprüfung des Stadtrats beantragt der Verfasser die Umwandlung der Motion in ein Postulat mit zusätzlich den zwei folgenden inhaltlichen Anpassungen:
    - Absatz 3: Deshalb wird der Stadtrat aufgefordert, die Ausarbeitung einer aussagekräftigen Studie, die mindestens untenstehende Punkte umfasst (Auflistung muss und soll nicht abschliessend sein) zu prüfen.
    - Aufzählung an 4 Position: "Aufzeigen, ob der hohe Leerstand der Gewerbeflächen mit den Mietpreisen zusammenhängt"

Beschluss:

1. Der als Motion eingereichte Vorstoss wird auf Antrag durch den Verfasser mit den beantragten Änderungen mit 22 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen in ein Postulat umgewandelt.
2. Das Postulat wird mit 12 zu 12 Stimmen und 6 Enthaltungen mit Stichentscheid der Ratspräsidentin an den Stadtrat zur Beantwortung bis zur Gemeinderatssitzung vom 07.06.2022 überwiesen.

Wortmeldungen

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: *Durch die Ansiedlung von Branchen, welche nicht direkt im Zusammenhang mit der Flugverkehrsbranche stehen, wird die Stadt Kloten in langfristiger Perspektive gestärkt aus der Krise treten. Dies ist nicht alleine die Feststellung der Fraktion FDP.Die Liberalen Kloten, sondern steht im Namen des Stadtrats als Schlusssatz des Vorwortes unseres vorher besprochenen Budgets. Ebenfalls hängt die Bildung der finanzpolitischen Reserven einseitig stark von Steuererträgen von Juristischen Personen aus der Luftfahrtbranche ab. Uns ist allen bewusst, dass wir da ein Klumpenrisiko haben. Auch werden wir den Pandemieverlauf nicht abschätzen können und damit auch nicht die Auswirkungen auf den hiesigen, wie auch den weltweiten Arbeitsmarkt, Konkurse etc. Das einerseits bestehende Klumpenrisiko des Flughafens und mit ihm teils eingeschlossene Verkaufsgeschäfte des Circels sowie die in Zukunft einsetzende Arbeitslosigkeit und Konkurse werden uns erst noch erreichen. Nun denn, die von uns geforderte Studie wird den Arbeitsplatz Kloten nicht retten. Aber sie kann ein Puzzlestück dazu sein, als dass wir nebst dem Flughafen und den Grossbetrieben auch unser örtliches Kleingewerbe unterstützen können und ihm die bestmöglichen Chancen geben. Denn man kann keine seriösen Massnahmen für das Gewerbe ergreifen, ohne die Eckdaten und Zahlen zu kennen oder nur aufgrund einer fast 20-jährigen Studie. Die Grundhaltung der Fraktion ist die Stärkung des Klotener Gewerbes und die optimale Nutzung der vom Kanton verordneten und z.T. leerstehenden Erdgeschosse. Die mannigfaltigen Möglichkeiten einer seriös verfassten Studie wären hier ein möglicher Weg. Das sehen auch unsere Mitunterstützer der Motion so. Aufgrund der oben angesprochenen Ausgangslage stellt sich die Frage: Ist es nicht zu unterstützen, dass unser örtliches und mit der Bevölkerung besonders stark verbundenes Gewerbe eine gute Ausgangslage hätte? Eine Verbesserung der Situation für die Gewerbetreibenden ergibt mehr Arbeitsplätze und erhöht den örtlichen Konsum und damit die Belebung des Zentrums und würde, in Bezug auf die Abhängigkeit vom Flughafen, die Beschäftigung stabilisieren und steuerrelevant wirken. Nicht von heute auf morgen, aber in Zukunft. All dies kann durch zielgerichtete Massnahmen erreicht werden. Aber diese Massnahmen benötigen einen Rahmen und diesen würde eine Gewerbestudie bringen. Mit der Gewerbestudie von vor ca. 20 Jahren wurde auch eine Gewerbeverdichtung angestrebt. Aber als Anziehungspunkt des Gewerbes, von KMU, sind wir in Kloten selbst nach wie vor nicht allzu stark aufgestellt. Weil wir, die Fraktion FDP.Die Liberalen Kloten, der Überzeugung sind, dass es eine Studie benötigt und zweitens, dass diese als externer Auftrag vergeben wird, um die Qualität und den Umfang zu gewährleisten, hat die Fraktion das stärkst mögliche Instrument, nämlich die Motion, gewählt. Die Motion ist aus unserer Sicht das richtige Mittel, da wir damit der Studie einen klaren Auftrag geben können. Ich habe*

auch vor der Veröffentlichung dieser Motion sämtliche Fraktionen zu ihrer Meinung angefragt. Danke für den offenen und klaren Austausch mit euch. Einige von euch haben den Hinweis gemacht, als dass sie die Motion als Postulat oder Interpellation annehmen würden, andere betrachten die Unterstützung der hiesigen Formen als nicht notwendig an, mit Hinweis zu den Kosten der Studie. Die Fraktion der FDP glaubt jedoch, dass jetzt und in Zukunft die Studie die Gewerbetreibenden, die Arbeitsplätze sowie unser Zusammenhalt in Kloten stark unterstützen würde. Ja, das kostet etwas, verbindet jedoch Unternehmertum, Arbeitsplätze und Treffpunkte und hilft uns unser Gewerbe zu stärken und gibt uns als Konsument die Möglichkeit in Kloten zu verweilen. Ich möchte die Meinung des Stadtrats abholen, aber auch eure Meinung abzuholen und behalte mir vor, später nochmals zu sprechen für allfällige weitere Vorgehen.

Stadtpräsident, René Huber: *Nein, der Stadtrat ist nicht bereit, die Motion entgegenzunehmen, da das Anliegen in unseren Augen nicht motionsfähig ist. Gegenstand einer Motion gemäss Gemeindegesetz können all jene Geschäfte sein, für die auch das Parlament zuständig ist und dieses anschliessend auch einen Beschluss fassen kann. Für alles andere benötigt es keine Motion, das kann der Stadtrat von sich aus machen, wenn er will, oder man kann ihm allenfalls mittels Postulat einen Schubs geben. Wir sind nur bereit über ein Postulat zu diskutieren. Wobei, falls es zu einem Postulat kommt, dann habe ich auch noch ein paar Ausführungen wieso das Geld vielleicht falsch investiert ist. Aber zuerst einmal, eine Motion nehmen wir nicht entgegen.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Ich frage dich, Peter Nabholz an, da wir das Stichwort Postulat gehört haben, ob du die Motion umwandeln möchtest, oder wie stehst du dazu?*

FDP-Fraktion, Peter Nabholz: *Ich würde auch gerne den Rat abholen, was sie dazu meinen und würde dann evtl. anschliessend auch Hand für eine Umwandlung in ein Postulat bieten.*

Grüne-Fraktion, Reto Schindler: *Der Vorstoss der FDP zur Erstellung einer Gewerbestudie kann von der Grünen-Fraktion nicht unterstützt werden. Die Schwächen des Standorts Kloten sind uns bereits bestens bekannt. Der grösste Schwachpunkt, die mangelnde Attraktivität der öffentlichen Räume, ist auch uns Politikern seit längerer Zeit ein Begriff. Auch, dass darum zu geringe Publikumsströme vorhanden sind, welche förderlich für unser lokales Gewerbe wären, wissen wir bereits. Unter anderem auch für das hat der Stadtrat vor kurzer Zeit zusammen mit dem Zukunftsinstitut ein Gesamtüberblick über den Zustand von Kloten erarbeitet und uns dabei aufgezeigt, an welchen Ecken und Kanten gefeilt werden muss, damit die Stadt Kloten zu einem lebhafteren, dynamischeren und somit attraktiveren Standort auch für unsere KMUs werden kann. Anstatt jetzt in dieser schlechten finanziellen Lage CHF 40'000.00 bis CHF 60'000.00 in eine Studie zu pumpen, welche kurzfristig kein akutes Problem eines Gewerbebetriebs verbessern kann, treffen wir besser Massnahmen, welche die bekannten Schwachpunkte beseitigen oder zumindest dazu beitragen. Wie erwähnt, lehnt die Grüne-Fraktion den Vorstoss ab.*

EVP-Fraktion, Tania Woodhatch: *Wie es Peter Nabholz bereits erwähnt hat, hat Kloten keine einfachen Voraussetzungen, was das Gewerbe betrifft. Die Nähe zu Zürich, Winterthur und zum Flughafen ist für das lokale Gewerbe eher ein Nachteil, hat doch die Klotener Bevölkerung in nächster Nähe deutlich attraktivere Einkaufsangebote. Das bedeutet, dass die Stadt Kloten die Ausgangslage genau kennen und Bedürfnisse des Gewerbes erfassen muss. Nur so kann sie proaktiv agieren und erkenn, wo der Schuh drückt. Ob eine 20-jährige Studie da noch helfen soll, das glaube ich auch weniger. Das wir es so genau wissen, wo der Schuh drückt, wie es du, Reto, sagst, wage ich auch zu bezweifeln. Denn, wenn wir es doch so genau wissen, müssten wir schon lange etwas dagegen machen und dann ginge es dem Ganzen bereits besser. Mich dünkt, man müsste wirklich mehr Fakten kennen, um das Ganze seriös anzuschauen. Dass einige alteingesessene, gute etablierte Familienbetriebe aus Kloten da kein Handlungsbedarf sehen, zeugt eher von einer gewissen*

Arroganz und Kurzsichtigkeit. Ist doch ein starkes Gewerbe und der Erhalt von lokalen Arbeitsplätzen in möglichst vielseitigen Branchen im Sinn der ganzen Klotener Bevölkerung. Darum unterstützt die EVP die Motion der FDP.

SP-Fraktion, Philip Graf: *Die SP Fraktion findet die Stossrichtung dieser Motion grundsätzlich einmal nicht ganz falsch. Wir alle wissen um das Problem der vielen, leeren Gewerbeflächen in Kloten Bescheid. Der Hauptverursacher dürfte dabei auf der Hand liegen: der Flughafen. Es ist für das lokale Gewerbe sehr schwierig, sich zu behaupten, wenn sich die Geschäfte der grossen Ketten, die zum einen so ziemlich alles und zum anderen alles auch günstiger anbieten können, alle an einem Ort verbunden anzutreffen sind, der gerade einmal zwei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt liegt. Allerdings wäre die ganze Schuld dafür auf den Flughafen zu schieben wohl etwas zu kurz gegriffen, denn, wie es ja so oft mit komplexen Problemen ist, dürften es auch hier viele, verschiedene Ursachen sein, die letztendlich zu diesem Problem führen. Und da man ja Probleme bekanntlich am besten an der Wurzel anpackt, ergibt es also durchaus Sinn, einmal all diese Ursachen zu ermitteln. Allerdings stören uns zwei Punkte an diesem Vorstoss: Erstens hätten wir es begrüsst, wenn die FDP-Fraktion die auf der Motion aufgeführten Fragen erst einmal in der Form einer Interpellation an den Stadtrat gerichtet hätte. Grund dafür ist, dass wir das direkte Aufsetzen einer Gewerbestudie als ein Akt von „mit der Türe ins Haus fallen" empfinden. Eine Gewerbestudie ist sehr teuer und sollte daher erst dann in Auftrag gegeben werden, wenn sich der Nutzen einer solchen wirklich klar abzeichnet. Deshalb hätten wir es besser gefunden, das ganze Unterfangen erst einmal mit einer Interpellation zu lancieren, da eine Interpellation bei weitem nicht so teuer ausfällt, wie eine Gewerbestudie. Ausserdem könnte es sich ja bereits bei der Beantwortung der Interpellation abzeichnen, dass alle relevanten Punkte auch ohne Gewerbestudie beleuchtet werden können, was in diesem Fall die Gewerbestudie absolut überflüssig machen würde. Aber auch wenn sich nach Beantwortung der Interpellation immer noch der Nutzen einer Gewerbestudie zeigen sollte, hat man durch die Interpellation bereits eine fundierte Basis für die Gewerbestudie geschaffen, was diese durchaus günstiger gestalten könnte. Deshalb ergibt es aus unserer Sicht viel mehr Sinn, zuerst einmal mit einer Interpellation zu starten, um dem Risiko vorzubeugen, umsonst eine Gewerbestudie in Auftrag gegeben zu haben. Denn die Gewerbestudie ist, wie schon bereits mehrmals betont, eine sehr kostspielige Angelegenheit und wir finden es doch etwas schwer in der aktuellen Situation, in der scheinbar sogar eine Stelle für eine Kulturbeauftragte momentan finanziell nicht drin liegt, eine Gewerbestudie zu rechtfertigen, ohne deren Nutzen vorher genau geprüft zu haben. Zweitens finden wir es sehr schade, dass ihr unsere Anmerkungen, die wir euch im Vorfeld zukommen lassen haben, nicht mehr berücksichtigen konntet. Wir hätten es sehr begrüsst, wenn ihr unsere zusätzliche Frage „Inwiefern hängen die Mietpreise mit dem Leerstand der Gewerbeflächen zusammen?" noch in euren Vorstoss mitintegriert hättet, da wir dies als eine, wenn nicht sogar die zentralste Frage erachten, wenn es um Leerstände im Gewerbe geht, da wir einen direkten Zusammenhang zwischen den Leerständen und den Mietpreisen vermuten. Wir erachten es als absolut verschenktes Potenzial, diese Frage nicht auch noch aufzugreifen, wenn man schon eine Analyse über das Gewerbe aufziehen will. Um es nochmals zusammenzufassen: Wir finden die grundsätzliche Stossrichtung dieses Vorstosses nicht falsch, aber wir finden, man müsste hier mit einer Interpellation starten und nicht direkt mit einer teuren Gewerbestudie. Ausserdem sind wir sehr enttäuscht, dass ihr unsere zusätzliche Frage nicht aufgenommen habt, da diese Frage aus unserer Sicht zentral ist. Deshalb wird die SP Fraktion diesen Vorstoss in dieser Form nicht unterstützen. Aber: Ich sage hier bewusst in dieser Form. Wie wir euch auch schon bereits im Vorfeld angekündigt haben, sind wir offen für ein Entgegenkommen von eurer Seite. Wenn ihr nun den eigentlichen Vorstoss zu Gunsten einer Alternative zurückziehen würdet, die auf unsere Anmerkungen eingeht, wären wir durchaus bereit, unsere Position noch einmal zu überdenken.*

GLP-Fraktion, Kim Mishra: *Die GLP-Fraktion teilt die Ansicht, dass es kleine und mittlere Unternehmen in Kloten schwieriger haben, als grosse Unternehmen. Wir teilen auch die Ansicht, dass die Stadt Kloten etwas machen sollte, um ihre Attraktivität als Standort für kleinere und mittlere Unternehmen zu erhöhen. Die GLP-*

Fraktion teilt aber nicht die Ansicht, dass die Motion das richtige, politische Instrument ist. Wir wären oder sind durchaus bereit, das Geschäft als Postulat zu unterstützen. Für mich persönlich gibt es auch noch ein paar andere Aspekte der Motion, die ich nicht so elegant gelöst finde. Z.B. zeigt es eigentlich, dass, da die letzte Gewerbestudie 20 Jahre alt ist, so Studien vielleicht nicht die optimalsten Instrumente sind, um eine Standortattraktivität zu monitoren. Ich wäre da eigentlich noch froh gewesen, wenn da neuere Inputs eingeflossen wären, wie eine systematische Datenerfassung der Stadt Kloten betreffend Gewerbeflächen. Dass ein Gewerbetreibender z.B. nachschauen kann, was die Kundenfrequenz an einem Samstagnachmittag ist im Dezember. Ich denke, solche angedachten Lösungsansätze wären sicherlich nicht verkehrt gewesen. Deswegen werden wir die Motion nicht unterstützen.

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: *Ja, wir wurden bereits angesprochen und ja, es wurde persönlich. Dennoch wird die SVP Kloten in den Zeiten der LÜ21 dieser Motion nicht zustimmen. Die Stadt soll in der heutigen finanziellen Situation keine Ressourcen in eine teure Studie von ca. CHF 80'000.00 stecken ohne ein klares Ziel. Konsequenterweise hätte die FDP dafür einen Budgetantrag stellen müssen. Die damalige Studie wurde vom Stadtrat aufgrund der nötigen und geplanten Zentrumsentwicklung veranlasst und nicht zum Sammeln von Daten und Fakten per se. Die daraus entstandenen Ergebnisse sind in die Zentrumsplanungen sowie in die Projekte Stadtplatz Nord und Süd, Stadtpark, Bahnhofstrasse und Gerbeplatz sowie Schaffhauserstrasse eingeflossen. Die letzten dieser damals geplanten Projekte werden immer noch realisiert. Sollte eine erneute Studie für eine zukünftige städtebauliche Planung nötig sein, wird diese bestimmt durch den Stadtrat und den zuständigen Bauvorstand selber veranlasst. Viele Ergebnisse aus der damaligen, 18-jährigen Studie sind auch heute noch gültig und anwendbar und beantworten viele der von der FDP gewünschten Anliegen im zweiten Teil der Motion. Hand aufs Herz, wer von euch hat diese Studie überhaupt gelesen? Sie zeigt auf, dass die damalige Planung und der eingeschlagene Weg immer noch richtig sind. Man kann diese auch einfach mit heute vergleichen und sich selber überlegen, was sich geändert hat. Zu den negativen Faktoren gehörten damals wie heute: Hoher Steuerfuss, wenige oder unattraktive Parkplätze und hohe Geschäftsmieten. Bei den ersten zwei Punkten kann die Stadt handeln. In den letzten Jahren neu hinzugekommen ist der Onlinehandel, welcher ein grosses Problem für die kleinen und gewerblich ausgerichteten KMUs ist und dadurch das "Lädelisterben" fördert. Zudem wird die neu geplante Studie selber absolut keinen Einfluss auf das Konsumverhalten per se haben. Die Situation der KMU-Detaillisten in der Stadt Kloten kann nicht durch teure Studien verbessert werden, sondern durch die Unterstützung der lokalen Bevölkerung und durch günstigere Mieten. Die SVP unterstützt bereits in gezielten Aktionen das Klotener Gewerbe. Die Stadt kann das Konsumverhalten der Bevölkerung vor allem durch bauliche oder andere Massnahmen zur Belebung von leeren Gewerbeflächen beeinflussen, was sie mit der Zentrumsentwicklung und der durchaus guten Zentrumsbelebung bereits gemacht hat und weiter dran ist. Die Stadt und Verwaltung soll aber nicht proaktiv und geplant in die Privatwirtschaft eingreifen. Hier liegt unter anderem das Problem auch bei den leeren Sockelgeschossen - viele Leerbestände, keine Nachfrage, zu teuer wegen hohen Baukosten, dafür mehr Mietwohnungen - was viele wissen, aber nicht angehen können oder wollen. Es ist doch so, mit der neuen BZO konnten mehr Mietwohnungen erstellt werden aufgrund der Sockelgeschosse. Diese kann man jetzt nicht mehr vermieten. Man hätte vielleicht bei der Baukostenanalyse die Mieten erhöhen sollen, damit man unten günstiger vermieten könnte für KMUs. Aber das würde wiederum die Mieten verteuern in den Häusern. Was auch nicht sinnvoll ist. Die Motion kostet der Stadt Kloten und somit nicht zuletzt auch den in Kloten ansässigen KMU unnötige Steuergelder, die nicht in Form von Mehrumsatz oder besseren Überlebenschancen zurückkommen können.*

Die Mitte Fraktion, Pascal Walt: *Die Argumente sind sicherlich nachvollziehbar. Fakten als Entscheidungsbasis finden wir eigentlich grundsätzlich auch gut. Aktuell glauben wir aber, dass es relativ sinnlos ist. Einerseits haben wir die finanzielle Situation, das haben wir bereits gehört. Aber auch zum Teil das neue Konsumverhalten ist total unbekannt. Dieses ist so in Bewegung, eine Studie wird wahrscheinlich nicht viel bringen. Ausserdem, und das ist der Kernpunkt, es ist nicht der Auftrag der Stadt, irgendwelche Studien*

für das Gewerbe zu finanzieren. Darum kann die Mitte-Fraktion den Vorstoss entsprechend nicht unterstützen. Ich greife vor, egal ob als Motion oder Postulat.

***Ratspräsidentin, Irene Frischknecht:** Da keine weiteren Voten mehr vorliegend, frage ich dich Peter Nabholz, was deine Entscheidung ist? Wandelst du um, ziehst du zurück oder was ist deine Entscheidung nach der gehörten Diskussion?*

***FDP-Fraktion, Peter Nabholz:** Besten Dank für die klaren Voten. Ich möchte zuerst nach der Rangliste gehen. Stadtrat; Naja, nach der Einreichung meiner Motion, welche von den Mitgliedern der EVP-Fraktion und auch von Rico Käser unterstützt wird, nimmt heute der Stadtrat diese Motion nicht an. Ich möchte da die Meinung des Stadtpräsidenten aufnehmen. Der Stadtrat fragt sich, ob die Gegenstände, die aufgrund der Gemeindeordnung in den Aufgabenbereich des Gemeindevorstands fallen, nicht motionsfähig sind. Meiner Meinung nach ist diese Aussage falsch, da im Geschäftsreglement des Gemeinderats die Motion ein Auftrag an den Stadtrat ist, der in den Aufgabenbereich der Gemeinde fällt und nicht des Gemeindevorstands. Für mich ist auch der Punkt, dass es nicht motionsfähig wäre, wenn die Höhe der Ausgabenkompetenz beim Stadtrat überschritten werden würde, nicht genau nachvollziehbar. Das erwähnte auch Sandra. Hier habe ich keinen einzigen Hinweis im Geschäftsreglement, dass innerhalb der Ausgabenkompetenz des Stadtrats, solches nicht gestattet sein soll. Steht nicht, gilt nicht, ist falsch für mich. Ebenso wären alle Motionen vorher unter diesem Aspekt nicht gültig gewesen. Die Feststellung des Stadtrats, dass die Motion Kosten auslösen würde, welche innerhalb der Kompetenz des Stadtrats zur Auslösung eines solchen Auftrags verführt. Dann frage ich euch; Warum macht ihr denn das nicht und wartet auf eine Motion der FDP? Wenn du doch sagst, wir sollen einen Schupf geben in der Art eines Postulats? Wir hatten eine Motion des SVP, bei welcher sich der Stadtrat über ein Denkverbot beklagte. Im Umkehrschluss heisst das jetzt für mich, dass ein Denkgebot der FDP, weil es von der FDP kommt, auch nicht motionsfähig ist. Zu den Hinweisen aus den Fraktionen; Ja es stellt sich jetzt die Frage, sollen wir die Motion durchziehen? Im Wahljahr wäre es in unserem Interesse, mit wehenden Fahnen stolz unterzugehen. Es würde aber dem Gewerbe nichts nutzen. Da sind wir mit unseren Mitunterstützern einig. Darum stimme ich zu, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. So senken wir insofern die Kosten, welche im Moment angeprangert wurden, da eine Studie nur dann ausgelöst werden würde, wenn der Stadtrat sie für relevant empfindet. Mit Blick natürlich auf jene Fraktionen, die das Kostenargument genannt haben. Dabei werden wir als Fraktion sehr genau darauf achten, wie es dann mit diesem Postulat weitergehen würde, falls es angenommen wird. Immerhin prüfen sollte man doch ein solches Anliegen. Denkt ihr nicht? Ich möchte meinen Blick auch Richtung Fraktionschef Philip Graf richten. Vielen Dank für deinen Hinweis, dass ihr enttäuscht seid. Ja, ich weiss, da wo wir miteinander begonnen haben zu diskutieren, haben wir die Motion eigentlich bereits den Mitunterstützern gegeben. Von daher wollten wir den Punkt in diesem Sinne nicht anpassen. Darum stelle ich folgenden Antrag. Anstatt im Absatz 3 meiner Motion "Deshalb beantragt die FDP-Fraktion eine aussagekräftige Studie, die mindestens untenstehende Punkte umfasst" soll der Text jetzt angepasst und erweitert werden mit "Deshalb wird der Stadtrat aufgefordert, die Ausarbeitung einer aussagekräftigen Studie, die mindestens untenstehende Punkte umfasst (Auflistung muss und soll nicht abschliessend sein) zu prüfen." Das war auch das, was ich vom Stadtrat als Antwort erhalten habe, dass man es als Postulat aufzeigen soll. Zusätzlich möchte ich auch noch den folgenden Zusatz der SP aufnehmen nach der 4. Aufzählung: "Aufzeigen, ob der hohe Leerstand der Gewerbeflächen mit den Mietpreisen zusammenhängt". Da möchte ich der SP in dem Sinn entgegenkommen, dass ihr Wunsch nach dem klar erhört wird. Dann haben wir vielleicht auch ein wenig jene Geschichte aufgenommen, welche Sandra meinte, dass man günstigere Mieten haben sollte mit dieser Sockelgeschichte. Das erwähne ich ja auch in der Frage "identifizieren von Stärken und Schwächen von Kloten" und wie die Ausgestaltung der Erdgeschosse aussehen sollte. Dann hätten wir das genau drin. Darum würde ich gerne den Antrag stellen auf die Anpassung des Postulats mit diesen zwei Punkten. Damit bleibt bei mir ein Fünkchen Hoffnung, dass wir mit den Fragen auch Antworten aus dem Stadtrat erhalten und hoffe natürlich, dass die von mir angefragten Parteien das Postulat für unser Gewerbe auch unterstützen würden.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Danke, Peter Nabholz. Somit hätten wir jetzt eine Änderung der Motion auf ein Postulat und auch des Wortlauts mit Ergänzungen. Gibt das Diskussionsbedarf in den Fraktionen?*

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: *Die SVP-Fraktion beantragt fünf Minuten Pause, um dies zu besprechen.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Das war gerade meine Frage. Die anderen Fraktionen; reichen euch fünf Minuten? Ich gehe davon aus, wenn es keine anderen Meldungen gibt. Dann würden wir in fünf Minuten weitermachen.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Nach der Beratung würden wir somit weiterfahren gemäss Art. 34, Abs. 5 "Mit Einverständnis des unterzeichnenden Mitglieds kann der Gemeinderat die Motion in ein Postulat umwandeln und Änderungen im Wortlaut vornehmen". Der Wortlaut wäre in dem Fall wie folgt: "Deshalb wird der Stadtrat aufgefordert, die Ausarbeitung einer aussagekräftigen Studie, die mindestens untenstehende Punkte umfasst (Auflistung muss und soll nicht abschliessend sein) zu prüfen." Zudem wurde die Ergänzung beantragt: "Aufzeigen, ob der hohe Leerstand der Gewerbeflächen mit den Mietpreisen zusammenhängt". Das wäre das Entgegenkommen an die SP gewesen. Das Vorgehen ist nun, dass wir über die Umwandlung über ein Postulat abstimmen. Wenn es in ein Postulat umgewandelt wird, darf der Stadtrat zu diesem Thema resp. dem Postulat Stellung nehmen und anschliessend folgt die Schlussabstimmung über die Überweisung. Wir fahren also weiter mit der Abstimmung zur Umwandlung.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Somit wäre der Umwandlung mit total 22 Stimmen, 4 Nein und 4 Enthaltungen zugestimmt. Somit würde ich das Wort dem Stadtrat erteilen.*

Stadtpräsident, René Huber: *Im Sinne eines vorbehaltenen Beschlusses hat der Stadtrat natürlich die Entwicklung, die da jetzt stattgefunden hat, vorausgesehen. Er hat auch über die Möglichkeit der Annahme eines Postulats heute Nachmittag an seiner ordentlichen Sitzung diskutiert und einen Beschluss gefasst. Der Stadtrat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ich möchte voraussetzen, es ist auch unser Anliegen, dass es dem Klotener Gewerbe gut geht, dass dieses prosperieren kann, dass es sich entwickeln kann. Wir wissen auch, was es benötigt. Es braucht Frequenzen. Diese sind wir am Schaffen. Bsp. der Coop, welcher jetzt im Bau ist – die grösste Baustelle im Zentrum – da brauchte es ganz viel Herzblut und Engagement der Bauabteilung und vielen anderen Beteiligten, dass die vielen Eigentümer die grosse Überbauung überhaupt realisieren, welche mit dem Coop dann eben Einkaufsfrequenzen in unsere Stadt bringen. Dann haben wir die Glatttalbahn, an welcher wir arbeiten, dass dieses Projekt vorangetrieben wird und es dann hoffentlich auch zur Realisation kommt. Wir haben die S7, bei welcher der ¼-Stunden –Takt auch absehbar ist. All dies schafft Frequenzen. Es gibt Umsteigebeziehungen, welche unserem Zentrum zugutekommen. Das zweite, was es benötigt, ist Aufenthaltsqualität. Da arbeiten wir dran. Stadtplatz 1 steht, wir beleben ihn und haben eine Stadtplatzmanagerin. Stadtplatz 2 habt ihr jetzt in den Händen mit der Vorlage, welche in der GRPK ist. Da arbeiten wir auch dran. Das Dritte ist, dass es einfach Kundenpotential benötigt. Am Kundenpotential arbeiten wir auch mit dem Verdichten. Es kommt einfach nicht von heute auf morgen. Wir arbeiten also an all diesen drei Treibern, welche eigentlich oder vor allem dem Detaillisten im Zentrum helfen. Das läuft und wir müssen die Wirkungen beobachten, müssen eine Feinsteuerung machen aber wir brauchen im Moment keine Studie. Wir brauchen absolut keine Studie. Wir müssen kein Geld zum Fenster rauswerfen, um herauszufinden, was wir eigentlich alles bereits wissen. Wir wissen nämlich, dass es günstige Mieten braucht und wir wissen, dass es am besten wäre, wenn wir Branchenweise bestimmen könnten. Wenn wir wie der Airportshopping oder der Flughafen sagen könnten: jetzt haben wir bereits zwei Schuhgeschäfte, jetzt nehmen wir keinen mehr, aber dafür möchten wir ein Kleidergeschäft. Aber das ist ein Eingriff in die Markt- und Gewerbefreiheit, und dass eine solche Forderung von der FDP denLliberalen kommt, dass überrascht mich dann schon. Gebt uns Zeit die Entwicklung weiterzuführen und dann kommt es gut. Und wenn wir heute das Postulat überwiesen bekommen, dann haben wir mindestens ein Novum in der Geschichte der Stadt Kloten. Wir haben zum ersten Mal in der gleichen Sitzung, in der wir das Budget*

verabschieden, bereits einen Folgeentscheid des Gemeinderats, welcher das Budget bereits wieder über den Haufen wirft. Das finde ich dann schon auch noch speziell. Denn da geht es nicht um CHF 3'600.00 oder CHF 2'500.00, über welche man vorhin z.T. gesprochen hat. Nein, da geht es um mehrere CHF 10'000.00 an Ausgaben und diese brauchen wir im Moment nicht und wenn man das Gefühl hat, wir brauchen es, dann kommt das vom Stadtrat aus.

SVP-Fraktion, Sandra Eberhard: *Kurz nochmals gewisse Punkte: CHF 1 Mrd. Umsatz am Flughafen. Das wäre toll, wenn wir das da in der Stadt Kloten auch erreichen könnten. Mieten sind immer noch privatrechtlich und wir wollen keine Planwirtschaft. Die Studie kostet auch bei einem Postulat noch um die min. CHF 80'000.00. Die SVP-Argumente von vorhin zur Motion sind immer noch relevant. Wir anerkennen aber gewisse Punkte. Anstelle eines reinen Aufzeigens von Fakten und Zahlen zum Klotener Gewerbe, wäre ein Aufzeigen der Auswirkungen des Einkaufs ausserhalb von Kloten oder online auf die Situation von Lehrstellen, Arbeitsstellen und vor allem im niedrig qualifizierten Bereich viel zielführender. Aber auch das kostet Geld. Auch spannend finde ich folgende Fragen. Gibt es neue Themen und Pläne in der Stadtentwicklung? Wie ist in Kloten der Mix von Gewerbe, namentlich KMU Produzierend/Dienstleistung geplant für das Steinacker Quartier? Damit auch verbunden, welche Art von Bewohnern will man in diesen Quartieren anziehen? Gibt es Firmen oder Sektoren, welche die Stadt spezifisch anziehen möchte? Werden spezielle Technologie oder Sektor Center geschaffen? Hier verweise ich auf die Motion Eberhard Silvan (SVP) bezüglich des Areals der Schweizer Armee auf dem Platz Kloten. Was ist geplant bei dem Ausbau des Bahnhofs? Das sind alles Fragen, die man auch in einer Interpellation stellen könnte. Wie bereits in meiner vorherigen Rede erwähnt, wird schon vieles durch die Stadt bearbeitet und ist in Umsetzung. Wir sind schon dran. Sollte eine erneute Studie für eine zukünftige städtebauliche Planung nötig sein, wird diese bestimmt durch den Stadtrat selber veranlasst. Denn der Stadtrat darf und soll selber darüber entscheiden, ob nun von sich aus oder aufgefordert.*

FDP-Fraktion, Philipp Gehrig: *Ich hätte eigentlich nur noch eine Frage. Ich stelle sie in den Raum, aber eigentlich ist sie an den Stadtpräsidenten gerichtet. Wo ist bei dieser Studie, nicht an allfälligen Lösungen, welche daraus entstehen, aber bei dieser Studie an und für sich, wo ist da der Eingriff in die Markt- und Gewerbefreiheit? Das war ein Vorwurf und da wäre eine Antwort noch spannend. Vielleicht in schriftlicher Form, nicht im Rahmen dieser Debatte.*

Ratspräsidentin, Irene Frischknecht: *Wir haben 12 Stimmen dafür und 12 Stimmen dagegen sowie sechs Enthaltungen. Somit ist wieder mein Stichentscheid fällig und ich bin somit für die Überweisung des Postulats.*

07.12.2021 Beschluss Nr. 121-2021 Interpellation 8145; Max Töpfer, SP; § 49b des Planungs- und Baugesetzes - Stand der Umsetzung in Kloten

0.5.4 Parlamentarische Vorstösse

Interpellation; Max Töpfer, SP; § 49b des Planungs- und Baugesetzes - Stand der Umsetzung in Kloten; Begründung

Max Töpfer und Mitunterzeichnende haben am 12. November 2021 die folgende Interpellation eingereicht:

Am 28. September 2014 sagte die Zürcher Stimmbevölkerung Ja zum Gegenvorschlag zur kantonalen Volksinitiative «Für mehr bezahlbaren Wohnraum». Mit dem Gegenvorschlag wurde das kantonale Planungs- und Baugesetz (PBG) um einen neuen § 49b ergänzt. Dieser schafft die rechtliche Grundlage, um bei Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften oder Gestaltungsplänen, die zu einer erhöhten Ausnützungsmöglichkeit führen, einen prozentualen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum festzulegen. Seit dem Inkrafttreten der Vollzugsverordnung (Verordnung über den preisgünstigen Wohnraum (PWV)) am 1. November 2019 können die Gemeinden den § 49b ohne grosse Anpassungen in ihrer Rechtsordnung bei anstehenden Auf- und Umzonungen anwenden.

Preisgünstiger Wohnraum im Sinn des § 49b meint im Übrigen keine «Sozialwohnungen». Die Mietzinsgestaltung ist nicht an den Grundsatz der Kostenmiete geknüpft. Mit einer eigenen Regelung der höchstzulässigen Mietzinsen wird auch die Erzielung einer angemessenen Rendite ermöglicht.

In Kloten fand der § 49b mit 60.08 % Ja-Stimmen eine klare Zustimmung. Durch die zunehmende Attraktivität des Kantons Zürich steigen auch in der Agglomeration die Mieten stetig an. Weil Boden knapp ist und sich nicht vermehren lässt, können die Besitzenden von Boden und Immobilien bei der hohen Nach-frage nach Wohnraum immer höhere Gewinne abschöpfen – auf Kosten der Mietenden. Die deutliche Klotener Zustimmung zum § 49b sollte darum auch als Auftrag an die Lokalpolitik verstanden werden, dieses Instrument zugunsten einer sozialen Stadtentwicklung mit mehr bezahlbarem Wohnraum einzusetzen.

*Mit Blick auf die soeben eingeführte Mehrwertabschöpfung in der Bau- und Zonenordnung (BZO), kann eine Anwendung des § 49b in Kloten auch für die Grundstückseigentümer*innen attraktiv sein. Denn der Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum kann mit dem Mehrwertausgleich gegenverrechnet werden. Wird der § 49b angewendet, so müssen die Eigentümer*innen weniger Mehrwertausgleich zahlen.*

Ich bitte den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

- *Welche absehbaren Projekte (Zonenänderungen, Gestaltungspläne etc.) stehen in den nächsten fünf Jahren an? Wo könnte der § 49b zur Anwendung kommen?*
- *Mit der Transformation des Steinacker-Quartiers steht in den nächsten Jahren eine grössere Revision der BZO an. Aus meiner Sicht wäre dieses Projekt eine optimale Möglichkeit, den § 49b zur Anwendung zu bringen. Sieht der Stadtrat das auch so?*
- *Wie oben beschrieben räumt der § 49b den Gemeinden bei der Festlegung des prozentualen Anteils an preisgünstigem Wohnraum Handlungsfreiräume ein. Welchen prozentualen Anteil sieht der Stadtrat für Kloten als realistisch an und warum?*
- *Könnte sich der Stadtrat einen einzigen prozentualen Anteil für die ganze Stadt vorstellen oder bevorzugt er unterschiedliche quartierabhängige Prozentsätze, z.B. fürs Zentrum, Steinacker, Hohrainli etc.?*
- *Plant der Stadtrat eine Umsetzung des § 49b für Kloten? Wenn ja, wie sieht das Vorgehen des Stadt-rates aus? Wenn nein, warum nicht?*

Beschluss:

1. Die Begründung wird zur Kenntnis genommen. Der Stadtrat beantwortet die Interpellation bis spätestens z.H. der Gemeinderatssitzung vom 01. März 2022 schriftlich.

Wortmeldungen

SP-Fraktion, Max Töpfer: *Der Grossraum Zürich erfreut sich einer weiter anhaltenden Attraktivität. Immer mehr Menschen ziehen in die Städte und Gemeinden unseres Kantons. Die dadurch resultierende Nachfrage nach Wohnraum treibt die Mieten aber weiter in die Höhe. Weil Boden ein knappes Gut ist und sich nicht vermehren lässt, können die Besitzerinnen und Besitzer von Boden und Immobilien immer höhere Gewinne abschöpfen - auf Kosten der Mieterinnen und Mieter. Gemäss dem Sorgenbarometer der Credit Suisse zählen die steigenden Mietkosten zu den Top 10 Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer. Darum ist es nicht verwunderlich, dass sich die Zürcher Stimmbevölkerung im Jahr 2014 in einem deutlichen Verdikt für ein neues Instrument zur Dämpfung der Mietpreis-Explosion ausgesprochen hat. Mit diesem neuen § 49b des Planungs- und Baugesetzes haben wir als Gemeinde die Möglichkeit, bei Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften oder Gestaltungsplänen, die zu einer erhöhten Ausnützungsmöglichkeit führen, einen prozentualen Mindestanteil an preisgünstigem Wohnraum festzulegen. Preisgünstig meint im Übrigen keine Sozialwohnungen. Die Mietzinsgestaltung ist auch nicht an den Grundsatz der Kostenmiete geknüpft. Mit der Regelung der höchstzulässigen Mietzinsen wird immer noch die Erzielung einer kleinen Rendite ermöglicht. In Kloten fand dieses Instrument mit einem Ja-Anteil von über 60 Prozent eine deutliche Zustimmung. Dieses Votum ist ein klarer Auftrag, den § 49b auch in unserer Stadt bei anstehenden Projekten zur Anwendung zu bringen. Ein solches Projekt könnte beispielsweise die Transformation des Steinacker-Quartiers sein. In diesem Gebiet soll Wohnraum für 6'000 Menschen entstehen. Es wäre eine enorme Chance für unsere Stadt, wenn wir einen Teil dieser neuen Wohnungen dauerhaft bezahlbar machen können. Die SP ist davon überzeugt, dass eine Anwendung des § 49b für unsere Stadt und die Bevölkerung viele Vorteile bringt. Darum bitten wir den Stadtrat, sich mit dieser Interpellation Gedanken zu machen, ob und wie er dieses wichtige Instrument anwenden möchte.*

Stadtrat, Roger Isler: *Der Stadtrat wird dies fristgerecht und schriftlich beantworten.*

Schluss der Sitzung: 21:20 Uhr

Für die Richtigkeit:

Jacqueline Tanner
Ratssekretärin

Geprüft und genehmigt:

Kloten, 05.04.2022

GEMEINDERAT KLOTEN

Irene Frischknecht
Präsidentin

Marc Denzler
1. Vizepräsident

Silvan Eberhard
2. Vizepräsident